

100% Menschenwürde

30 Jahre Internationale Tage gegen Rassismus



STIFTUNG
für die Internationalen Wochen
GEGEN RASSISMUS

Impressum

Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus

Goebelstr. 21a, 64293 Darmstadt

Telefon: (06151) 33 99 71

Fax: (06151) 39 19 740

info@stiftung-gegen-rassismus.de

<https://stiftung-gegen-rassismus.de/>

Darmstadt, Februar 2025

Nachdruck gern gestattet.
Belegexemplare werden erbeten.

Die Broschüre kann von der Homepage der
Stiftung gegen Rassismus heruntergeladen und
in gedruckter Form bei der Stiftung bestellt werden.

Verfasser: Jürgen Micksch

Für ergänzende Beiträge und Korrekturen wird
Kathrin Hedtke, Emma Jäger, Dr. Isabel Schmidt
und Cora-Weißert-Hartmann gedankt.

Gestaltung: Wolfgang Scheffler, Mainz

Druck: Druckerei Petzold, Darmstadt

Inhalt

4 »Die Würde des Menschen ist unantastbar«

Vorwort

6 »Macht mir großen Mut«

Interview von Kathrin Hedtke

10 30 Jahre für die Menschenwürde

Die Internationalen Tage gegen Rassismus
von Jürgen Micksch

- 12 Was ist Rassismus?
- 12 Es geht um die Menschenwürde
- 14 Wir können etwas tun
- 16 Das Aktionsbündnis
- 17 Prominente Persönlichkeiten
- 18 Religionsgemeinschaften
- 20 SCHULTER AN SCHULTER
- 21 Europäische Kooperationen
- 23 Gesundheit und Rassismus
- 23 Kleinere Kommunen
- 25 Und wie geht es weiter?

29 Es gibt nichts Gutes, außer man tut es

Heribert Prantl zum UN-Tag gegen Rassismus 2019

34 Anhang

- 34 Chronik
- 55 Das Motto im Laufe der Zeit
- 55 Botschafter*innen
- 56 Kooperationspartnerschaften
- 57 Das Aktionsbündnis
- 61 Prominente
- 64 Die Stiftung gegen Rassismus
- 66 Literaturhinweise

»Die Würde des Menschen ist unantastbar«

Vorwort

Vor 30 Jahren hat kaum jemand gedacht, dass Rassismus zu einem so wichtigen Thema werden sollte. Damals wurde von Ausländerfeindlichkeit gesprochen oder von Fremdenfeindlichkeit. Aber der Begriff Rassismus ist kaum verwendet worden: Rassismus gab es in der Zeit des Nationalsozialismus und diese Zeit galt als überwunden – so wurde argumentiert.

Entsprechend waren auch unsere ersten Erfahrungen bei Veranstaltungen mit dem Internationalen Tag gegen Rassismus. Unvergessen ist mir eine lang geplante Veranstaltung im Rüsselsheimer Theater, bei der gerade einmal die erste Reihe besetzt war. Über Rassismus wollte kaum jemand sprechen. Daraus haben wir gelernt. Es ist entscheidend, zu anderen hinzugehen und nicht zu erwarten, dass sich Menschen für Rassismus interessieren. Zuerst gingen wir in Schulen, später zu Sportveranstaltungen, in Vereine, in Betriebe, Religionsgemeinden – und jedes Jahr kamen mehr dazu.

Um den 21. März 2024 waren es insgesamt über 5.000 Veranstaltungen mit mehr als 300.000 Teilnehmenden. Heute ist über 90 Prozent der Menschen in Deutschland bewusst, dass es in unserem Land Rassismus gibt – das ergab der Nationale Diskriminierungs- und Rassismusmonitor 2022.



Damit ist ein Ziel der UN-Tage gegen Rassismus erreicht und das ist sicher ein beachtlicher Erfolg. Aber die Realität von Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist für die betroffenen Menschen bitter – und betrifft die gesamte Gesellschaft. Es gibt weiterhin Diskriminierungen und Angriffe. Die UN-Tage gegen Rassismus haben sich leider nicht überholt. Rassistische Parteien sitzen inzwischen in Kommunalparlamenten, Landtagen und im Bundestag. Rassismus ist die Wurzel für den Rechtsextremismus, der die Demokratie und friedliche Zukunft von Europa bedroht.

Im Kern geht es beim Engagement gegen Rassismus immer um Artikel 1 des Grundgesetzes: Die Würde des Menschen ist unantastbar. »Menschenwürde schützen« heißt daher das Motto zu 30 Jahren Engagement für Menschenfreundlichkeit und gegen Rassismus. Das ist unsere Verpflichtung. Auch wenn es immer wieder Rückschläge gibt: Das Engagement dafür lohnt sich und trägt zu einem friedlichen Miteinander bei. Millionen Menschen setzen sich bereits dafür ein. Und es sollten noch viel mehr werden.

Jürgen Micksch

Jürgen Micksch

Vorstand der Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus

Februar 2025

»Macht mir großen Mut«

Interview von Katrin Hedtke

Der Theologe und geschäftsführende Vorstand der Stiftung gegen Rassismus Jürgen Micksch erklärt im Interview, warum er damals die UN-Tage gegen Rassismus nach Deutschland geholt hat, warum der Anfang so schwer war und was die Aktivitäten bewirkten.

Die Vereinten Nationen haben den Internationalen Tag zur Überwindung von Rassendiskriminierung am 21. März bereits 1966 ausgerufen. Daraus hervorgehen Aktionen in vielen Ländern. Sehr lange jedoch nicht in Deutschland. Was hat dich dazu bewogen, die UN-Tage auch hier einzuführen?

Offen gesagt hatte ich bis 1994 selber noch nie etwas von den Internationalen Tagen gegen Rassismus gehört. Aber wir haben damals schon die Interkulturelle Woche veranstaltet, immer Ende September, mit tausenden Veranstaltungen in vielen Städten. Diese Aktionen haben spürbar dazu beigetragen, ein friedliches Zusammenleben zu stärken und die Stimmung vor Ort positiv zu verändern. Deshalb kam ich zu dem Schluss, dass wir mehr solcher Aktionswochen brauchen. Am besten wieder nach etwa einem halben Jahr, im Frühling. Also habe ich recherchiert, was dafür in Frage kommen könnte – und bin auf den UN-Tag gegen Rassismus gestoßen. In vielen Ländern war der 21. März bereits ein wichtiges Datum.

Wie ist es euch gelungen, den Tag in Deutschland bekannt zu machen?

Zunächst gar nicht. Kurz zuvor hatte es Anfang der 1990er Jahre die rechts-extremen Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte gegeben, unter anderem in Hoyerswerda, Mölln und Solingen. Damals sprachen alle von Ausländer-

feindlichkeit. Aber mit Rassismus wurden diese Taten selten in Verbindung gebracht. Als wir 1994 den Interkulturellen Rat gründeten, haben wir die Überwindung von Rassismus in unsere Satzungsziele aufgenommen. Dazu sollten Aktionen rund um den Internationalen Tag gegen Rassismus beitragen. Doch damit stießen wir auf wenig Interesse.

*Warum war euch so wichtig,
von Rassismus zu sprechen?*

Weil sich nur so verstehen lässt, worum es geht. Ein Begriff wie Ausländerhass greift viel zu kurz. Wichtig ist, klar zu machen: Nein, es geht nicht um Ausländer oder Flüchtlinge, sondern es geht um Rassismus. Viele Menschen haben die deutsche Staatsangehörigkeit und werden trotzdem Opfer von Rassismus. Das Problem ist viel tiefergehend. Auch Antisemitismus wurde selten wahrgenommen. Letztlich geht es immer um Menschenwürde. Zum Glück sind wir heute weiter. Aber vor 30 Jahren war die Stimmung noch anders.

*Was hat dazu geführt, dass sich die Internationalen
Wochen gegen Rassismus schließlich trotzdem
in Deutschland etabliert haben?*

Die EU-Kommission hat 1997 zum Europäischen Jahr gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit erklärt. Da stand Deutschland mit leeren Händen da. Es war klar, dass die Bundesregierung etwas machen muss. Das Innenministerium hat eine Arbeitsgruppe eingerichtet und uns als Initiative dazu geholt. Allerdings hat der damalige Innenminister Otto Schily (SPD) aus allen Texten den Begriff »Rassismus« rausgestrichen und durch »Fremdenfeindlichkeit« ersetzt. Es gab also offiziell ein Jahr gegen Rassismus, aber ohne das Wort Rassismus selbst zu nennen. Absurd. Damals erhielten wir immerhin 2.000 D-Mark. Hinzu kamen Mittel von der Europäischen Kommission, so dass wir etwas mehr auf die Beine stellen konnten.

Was habt ihr genau gemacht?

Angefangen haben wir mit einer bundesweiten Plakataktion und mit Schulen. Eine Kollegin hat zig Schulen abgeklappert. Nach fünf Jahren haben

sich 27 Schulen gefunden, die bereit waren, sich mit Veranstaltungen gegen Rassismus am UN-Tag zu beteiligen. Zudem haben wir die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften gesucht, später auch mit Sportverbänden. Einmal haben wir groß zu einem Vorbereitungstreffen in Frankfurt eingeladen, zu dem auch Theo Zwanziger erstmals kam, CDU-Politiker und früherer Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB). Ich war ganz erstaunt. Später schlug ich vor, für den Internationalen Tag einen Förderverein einzurichten – ähnlich wie vorher bei Pro Asyl. Doch Theo Zwanziger hat angeregt, lieber eine Stiftung zu gründen. Eine gute Idee. Also haben wir den Interkulturellen Rat aufgelöst und dafür 2014 die Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus ins Leben gerufen.

Inzwischen zählen die UN-Wochen weit mehr als 5.000 Veranstaltungen in ganz Deutschland. Wie sehr hat sich die Stimmung in der Gesellschaft verändert?

Keine Frage, wir stehen heute wo ganz anders als vor 30 Jahren. Dazu hat der NSU-Skandal sehr viel beigetragen; zunächst hieß es ja, die Morde müssten Ausländer begangen haben. Auch die rechtsextremen Attentate in Halle und Hanau haben eine große Rolle gespielt. Seither ist stark im Bewusstsein der Gesellschaft verankert, dass Rassismus eine Tatsache ist – und dass man etwas dagegen tun muss. Der Begriff ist nicht mehr verhandelbar. Das ist auch dem breiten zivilgesellschaftlichen Engagement zu verdanken.

Was hast du im Laufe der Jahre gelernt?

Eine der wichtigsten Lehren ist für mich, dass wir uns nicht alleine auf Institutionen verlassen dürfen. Das gilt für die Politik, aber auch für Kirchen oder Gewerkschaften. Nachhaltige Veränderungen müssen von den Menschen vor Ort vorangetrieben werden. Erst das zivilgesellschaftliche Engagement bewirkt, dass sich etwas tut. Ich habe gelernt, dass die Politik nur etwas unternimmt, wenn der Druck von unten kommt. Dafür spielen Sportvereine oder Kirchengemeinden eine große Rolle. Auch wenn es mühsam ist, ich bin überzeugt: Nur so kommt etwas in Bewegung.

Worin liegt deiner Meinung nach aktuell die größte Herausforderung?

Große Sorgen bereitet mir die politische Lage. Rassistische Parteien sitzen inzwischen im Bundestag, bestimmen in Landtagen und Kommunalparlamenten mit. Viele Menschen sind durch Krisen und Kriege verunsichert. Rechte Kräfte nutzen Themen wie Migration und Flucht, um Ängste zu schüren und die Gesellschaft zu spalten. Dabei sind längst nicht nur die rechts-extremen Parteien selbst ein Problem, sondern leider übernehmen zunehmend auch die demokratischen Parteien deren rassistische Parolen. Sie überbieten sich in ihren Forderungen nach Abschiebungen und Ausgrenzungen. Damit stärken sie extremrechte Kräfte – und schaden unserem Land. Unsere Demokratie ist dadurch in Gefahr.

Wo gilt es jetzt besonders aktiv zu werden?

Wir haben gemerkt, dass wir den ländlichen Raum viel zu lange vernachlässigt haben. Die allermeisten Aktivitäten spielen sich in größeren Städten ab. Lediglich eine von acht Veranstaltungen findet in einer Kleinstadt bis 10.000 Einwohnenden statt. Dabei spielen Menschen auf dem Land zahlenmäßig eine große Rolle. Wir müssen gucken, wie wir sie stärker erreichen können – und dürfen diese Regionen nicht rechten Kräften überlassen. Wichtig ist, ins Gespräch zu kommen. Unsere aktuelle Kampagne zielt darauf ab, der Untergangsstimmung etwas entgegenzusetzen und die positive Rolle von Migration in den Fokus zu rücken. Wir wollen bewusst machen, wie gut wir alle zusammenleben.

Was macht dir Mut?

Wenn ich auf die Entwicklung der letzten 30 Jahre zurückblicke. Aus einem Tag gegen Rassismus wurden Tage, jetzt sind es Wochen. Wir haben dazu beigetragen, dass Rassismus als Problem wahrgenommen wird – und viele Menschen dagegen etwas tun. Ein großer Erfolg. Auch die Willkommenskultur 2015 hat mich beeindruckt. Und die Millionen von Menschen, die vor einem Jahr auf die Straße gegangen sind, um ein Zeichen gegen Rassismus zu setzen. Das alles macht mir großen Mut.

30 Jahre für die Menschenwürde

Die Internationalen Tage gegen Rassismus

von Jürgen Micksch

Bei der Gründung des Interkulturellen Rates in Deutschland am 31. August 1994 formulierten wir als Satzungsziel: »Erarbeitung von Materialien zum Tag der Vereinten Nationen zur Überwindung von Rassismus«. Das fand damals kein großes Interesse, denn zu dieser Zeit sprach kaum jemand von Rassismus in Deutschland. Kritische Stimmen fühlten sich bald bestätigt: Kaum jemand wollte sich für den Internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März engagieren. Die ersten Jahre waren schwierig und mit vielen Frustrationen verbunden. Uns half, dass die Vereinten Nationen zu diesem Tag aufgerufen haben: Wenn es weltweit Rassismus gibt, sollte Deutschland davon eine Ausnahme sein?

Die 21. Generalversammlung der Vereinten Nationen hat im Oktober 1966 mit den Stimmen Deutschlands den Beschluss gefasst, den 21. März zum Internationalen Tag zur Überwindung von Rassismus zu erklären. Er war eine Antwort auf das Massaker an der Schwarzen Bevölkerung im südafrikanischen Sharpeville am 21. März 1960. Während der Tag gegen Rassismus in manchen Ländern eine große Bedeutung erhielt und Südafrika ihn sogar zum Nationalfeiertag erhob, wurde er in Deutschland nicht beachtet.

Durch den 21. März konnten wir an eine internationale Herausforderung erinnern. Wenn in vielen Ländern Rassismus ein wichtiges Thema ist, sollten wir es auch in Deutschland beachten. Damit wollten wir unsere Bemühungen legitimieren und andere zur Mitwirkung gewinnen. Wir hofften, dadurch

einen Ansatz zu gewinnen, dass sich Menschen in Deutschland überhaupt mit Rassismus befassen.

Durch den historischen Anlass in Südafrika stand Rassismus gegen Schwarze Menschen anfangs im Vordergrund. Von Antisemitismus wurde bereits in der Satzung des Interkulturellen Rates aus dem Jahr 1994 gesprochen. Erst ab dem Jahr 2009 sprachen wir vom »antimuslimischen Rassismus«. Und später kam die Thematisierung weiterer Formen von Rassismus und Diskriminierung hinzu, so zum Beispiel Antiziganismus, antiasiatischer Rassismus sowie Feindschaft gegen Geflüchtete, Diskriminierung von Obdachlosen und anderen.

Nach etwa sieben Jahren hatten wir langsam Erfolge. Wir versuchten immer mehr Lebensbereiche zu erreichen: Der Sport war dabei eine wichtige Unterstützung, später Bereiche wie die Feuerwehr, Gewerkschaften, einzelne Unternehmen und ihre Betriebsräte, Kommunen, Engagierte aus der Kunst, den Medien und Religionsgemeinschaften, besonders die muslimischen Verbände.

Es hat lange gedauert, bis politisch Verantwortliche den UN-Tag gegen Rassismus aufgegriffen haben. Im Jahr 2014 gab es erstmals einen Empfang zum Tag gegen Rassismus im Bundeskanzleramt. Der Bundespräsident dankte 2021 in einem Schreiben an die Stiftung gegen Rassismus den vielen Engagierten.

In den großen Städten gab es jedes Jahr immer mehr Veranstaltungen. Tausende Ehrenamtliche wurden aktiv. Kommunen und Bundesländer legten eigene Programme auf. Ein Tag hat nicht mehr ausgereicht: Aus dem Tag wurde 2002 die Woche und 2008 die Wochen gegen Rassismus. Den Interkulturellen Rat haben wir aufgelöst und dafür 2014 die Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus gegründet. Dem Initiator des Internationalen Tages gegen Rassismus in Deutschland, Jürgen Micksch, wurde dafür 2023 das Bundesverdienstkreuz erster Klasse verliehen und damit das vielfältige Engagement in der Gesellschaft gewürdigt. Die Zahlen der Engagierten und der Veranstaltungen stiegen stetig, mit Ausnahme der Zeit der Coronapandemie. Nach den Demonstrationen mit Millionen Teilnehmenden Anfang 2024 gab es um den 21. März 2024 insgesamt weit über

5.000 Veranstaltungen mit mehr als 300.000 Teilnehmenden – so viele wie nie zuvor.

Wie brisant die Überwindung von Rassismus weiterhin ist zeigt die Tatsache, dass inzwischen rassistische Parteien in Stadträten, Landtagen und im Bundestag vertreten sind. In einigen europäischen Ländern haben sie sogar Mehrheiten. Das ist eine fürchterliche Entwicklung, die Europa noch erschüttern kann. Umso erfreulicher ist das breite Engagement für eine menschenfreundliche Gesellschaft, für die Menschenwürde und Demokratie in Deutschland.

Was ist Rassismus?

Im Gegensatz zur Zeit vor 30 Jahren ist die Mehrheit der deutschen Gesellschaft inzwischen davon überzeugt, dass Rassismus immer noch auf individueller, institutioneller und struktureller Ebene wirkt. Rassismus ist eine Form von Diskriminierung. Beim Rassismus werden Menschen aufgrund ihres Aussehens, ihres Namens, ihrer (vermeintlichen) Kultur, Herkunft oder Religion abgewertet. Rassismus passiert jeden Tag. Menschen, die Rassismus erleben, werden in ihrer Menschenwürde angegriffen. Dies kann durch – mitunter unbeabsichtigte – rassistische Aussagen erfolgen, durch Beleidigungen, Anfeindungen und Benachteiligungen bis zu Morden und Genoziden. Rassismus ist ein Phänomen der gesamten Gesellschaft. Daher kann jeder Mensch dabei mitwirken, Rassismus abzubauen. Wer den universalen Anspruch auf Menschenrechte und die Menschenwürde schützen will, muss sich für die Überwindung von Rassismus einsetzen.

Es geht um die Menschenwürde

Als wir mit den UN-Tagen gegen Rassismus begannen hat niemand geahnt, dass erneut die Menschenwürde großer Teile der Bevölkerung infrage gestellt und in Gefahr geraten könnte. Doch Hass und Hetze bis hin zu Gewalttaten haben sich so ausgebreitet, dass Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Politikerinnen und Politiker sowie sozial engagierte Personen aufgeben. Rassistische Verhaltensweisen werden zu einer Bedrohung der gesamten Gesellschaft.

Weltweit sind immer häufiger Rassismus und Rechtsextremismus zu beobachten. Besonders in Wahlkämpfen werden rassistische Polarisierungen zum Stimmenfang genutzt. Demokratische staatliche Institutionen sehen dabei meist hilflos zu: Jahrelang wurde in Deutschland ein Demokratiefördergesetz diskutiert und schließlich doch nicht verabschiedet. Während rechtsextreme und rassistische Parteien im Rahmen der Parteienförderung finanziert werden, machen sich demokratische und zivilgesellschaftlich Engagierte Sorgen bei kritischen politischen Stellungnahmen, da sie dadurch die Gemeinnützigkeit ihrer NGOs verlieren könnten. Förderungen ihrer Arbeit werden eher reduziert als ausgeweitet. Die Zivilgesellschaft ist vor allem auf sich allein gestellt. Zur gleichen Zeit sprechen demokratische Politiker von »Kriegsertüchtigung« und investieren vor allem in Waffen anstatt in Demokratie. Wohin wird das führen?

Bundesweit verbreitete Plakatserie von Gunter Rambow im Jahr 1995



Wir können etwas tun

Die Tage gegen Rassismus sind ein Beispiel dafür, dass etwas getan werden kann: Über 5.000 vielfältige und kreative Veranstaltungen um den 21. März 2024 sind eine große Leistung vor allem der vielen Ehrenamtlichen in der Zivilgesellschaft. Anfang 2024 sind Millionen Menschen auf die Straße gegangen, um gegen den Rechtsrutsch und Rassismus zu demonstrieren. Ein großartiges Engagement.

Doch wie ist zu schaffen, dass dies nachhaltig wird? Zivilgesellschaftliches Engagement zur Verteidigung von Artikel 1 des Grundgesetzes ist vor allem auf sich selbst gestellt. Dabei wurde der Schutz der Menschenwürde explizit als Aufgabe des Staats festgeschrieben: »Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt«, heißt es in dem Absatz weiter.

Die Tage gegen Rassismus wurden anfangs staatlich kaum gefördert. Dem Bundesministerium des Innern waren wir dafür dankbar, dass uns dann ab 1998 jährlich regelmäßig 2.000 D-Mark zur Verfügung gestellt wurden. Oftmals war das unsere einzige Einnahme. Ohne ehrenamtliches Engagement hätten diese Aktivitäten nicht fortgesetzt werden können.

Seit einigen Jahren hat sich das verändert. Durch jährliche Projektförderungen konnten ein oder zwei Mitarbeitende eingestellt werden. Nach dem Förderjahr ist dann aber wieder alles unsicher. Jedes Jahr bangen wir, ob Mitarbeitende weiter beschäftigt werden können. Es gab Jahre, in denen sich Mitarbeitende arbeitslos melden mussten und ehrenamtlich weiter tätig waren.

Nach 30 Jahren ist immer noch nach stärker abgesicherten und vor allem längerfristigen Förderungen zu suchen. Arbeit für die Menschenwürde ist für unsere Gesellschaft existentiell wichtig. Sie kann erfolgreich sein und muss auf eine feste Basis durch Staat und Gesellschaft gestellt werden. In den vergangenen Jahren war es möglich, Förderungen durch den Staat, Stiftungen, Bürgerinitiativen, soziale Einrichtungen, Unternehmen, Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften, Einzelpersonen und neuerdings auch Lotterien zu erhalten. Es ist entscheidend, dass diese Arbeit durch breite gesellschaftliche Gruppierungen getragen wird und damit unabhängig bleibt.

Die breite Förderung trug dazu bei, dass bislang keine einzelne Streichung von Mitteln, wie 2024 beispielsweise durch die Hessische Regierung, eine Reduzierung oder gar Einstellung des Engagements der Stiftung für die UN-Wochen erzwungen hat. Gleichzeitig stellt das jährliche Schreiben von großen und kleinen Anträgen und das Beantragen von Zuschüssen bei gegenwärtig rund 60 Institutionen und Vereinen einen hohen administrativen Arbeitsaufwand dar.

Wie andere Akteure der Antirassismus-Arbeit bemerken wir gegenwärtig: Aufgrund der momentanen wirtschaftlichen Lage fallen viele Gelder für Demokratietarbeit weg. Gleichzeitig werden mehr Erwartungen an unsere Arbeit gestellt. Es ist ein schwieriges Spannungsfeld, die Internationalen Wochen gegen Rassismus in der jetzigen Form weiter zu koordinieren und darüber hinaus auch den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden.



Ein Plakat aus dem Jahr 2016

Durch Förderungen von unterschiedlichen anderen Projekten war es möglich, immer auch die Internationalen Tage gegen Rassismus mit zu fördern. Andere Projekte trugen dazu bei, dass ein großes menschenfreundliches Netzwerk entstand, das den UN-Tagen gegen Rassismus neue Impulse gab. Einige Modellprojekte und Netzwerkgruppen sollen beispielhaft genannt werden.

Das Aktionsbündnis

Immer mehr Organisationen, Initiativen, Schulen und Vereine beteiligen sich jedes Jahr mit vielfältigen Veranstaltungen an den Internationalen Tagen gegen Rassismus. Diese meist lokalen Einrichtungen sind die aktive Basis der UN-Wochen gegen Rassismus. Um ihnen eine stärkere Stimme zu geben und sie in einem Netzwerk zusammenzuschließen, wurde das Aktionsbündnis gegründet, das gegenwärtig aus etwa 160 Mitgliedern besteht.

Im September werden die Mitwirkenden jedes Jahr zu einer Planungstagung eingeladen, um Schwerpunkte für das folgende Jahr zu beraten. Daran nehmen in der Regel 80 Personen aus allen Teilen Deutschlands teil. Zu dem Bündnis gehören Gruppen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen: Ausländerbeiräte, Bibliotheken, Bildungsvereine, Frauenkreise, Gewerkschaftsgruppen, Initiativgruppen, Jugendverbände, Kinderzentren, Kommunen, kulturelle Einrichtungen, Landkreise, Netzwerke, Pfadfinder, Religionsgemeinden, Volkshochschulen, Schulen, Sozialverbände, Sportvereine oder Städte.

Sie organisieren Vorträge und Diskussionen, Workshops über Rassismus, Informationsveranstaltungen beispielsweise zum Umgang mit Hassmails, Debatten zu Filmen über Hass und Rassismus, Infostände auf Marktplätzen, Gespräche mit Zeitzeugen von rassistischen Vorfällen, Lesungen und musikalische Abende, Menschenketten, Buchlesungen für Kinder, Schulstunden, Besuche von Synagogen und Moscheen, Buchausstellungen, Straßentheater zu Hass und Rassismus, Fotokampagnen, Unterschriftenaktionen, Posts bei sozialen Medien, Radiosendungen, Fernsehbeiträge und Videos, Malworkshops zur Thematik und vieles mehr. Im Anschluss an die Veranstaltungen finden in der Regel Diskussionen statt.

Dieses Aktionsbündnis trägt zusammen mit den bundesweiten Kooperationspartnerschaften entscheidend dazu bei, dass die UN-Tage gegen Rassismus immer stärker in der Gesellschaft verankert werden.

Prominente Persönlichkeiten

Öffentlich anerkannte Persönlichkeiten haben eine starke Wirkung in der Gesellschaft. Sie erleben selbst oft hasserfüllte Angriffe, wenn sie sich für die Menschenwürde einsetzen und gegen Hass und Hetze Stellung beziehen.

Solche Persönlichkeiten bitten wir darum, sich öffentlich zu positionieren und bei Veranstaltungen in Schulen, Jugendgruppen, Sportvereinen, Religionsgemeinden, Gewerkschaftsgruppen, Kommunen, Volkshochschulen oder Universitäten mitzuwirken um dort über ihre Erfahrungen zu sprechen sowie darüber zu diskutieren, wie Hass und Rassismus abgebaut werden können.

Anfangs war die Bereitschaft zur Mitwirkung sehr zögerlich, zumal keine Erfahrungen vorlagen: Wir mussten 50 Personen fragen, bis eine zur Mitwirkung bereit war. Das war frustrierend. Inzwischen haben sich rund 80 Prominente bereit erklärt, auf Anfrage zu Veranstaltungen vermittelt zu werden (vgl. Anhang). Angesichts der großen Zahl laden wir nur noch selten weitere Personen ein und seit Jahren hat uns niemand mehr abgesagt.

Dazu kommen über 200 Personen, die als »Engagierte« in unterschiedlichen Lebensbereichen wie Bundeswehr, Feuerwehr, Gewerkschaften, Kommunen, Kunst, Medien, Medizin, Polizei, Sport, Unternehmen, Religionsgemeinschaften, Wissenschaft usw. zur Mitwirkung bereit sind. Dabei wird darauf geachtet, dass möglichst viele Frauen und Persönlichkeiten mit eigener Migrationsgeschichte mitwirken. In verschiedenen Publikationen wurde auf diese Arbeit hingewiesen.

Es ist erfreulich, dass sich immer mehr anerkannte und prominente Persönlichkeiten engagieren, um Hass und Rassismus zu überwinden. Diskurse mit diesen Persönlichkeiten haben eine starke Ausstrahlung. Die Veranstaltungen sind meistens sehr gut besucht. Die Teilnehmenden berichten in

ihrem Umfeld über diese Begegnungen. Radio, Fernsehen, Zeitungen oder soziale Medien weisen auf diese Veranstaltungen hin und informieren darüber.

Zur Überwindung von Rassismus ist ein vielfältiges Engagement erforderlich.

Religionsgemeinschaften

Angesichts von verbreiteten antimuslimischen Einstellungen vereinbarten wir 2014 mit muslimischen Verbänden, mehr Kontakte und Debatten zwischen muslimischen Gemeinden und ihrer Nachbarschaft zu fördern. Bei der Stiftung gegen Rassismus wurde der Arbeitskreis »Muslime laden ein« eingerichtet, dem Persönlichkeiten der unterschiedlichen muslimischen Gruppierungen in Deutschland angehören. Gemeinsam riefen wir die muslimischen Gemeinden dazu auf, sich während der UN-Wochen gegen Rassismus in Ansprachen bei den Freitagsgebeten für die Überwindung von



**Beispiel einer
Plakatkampagne**

Hass und Rassismus stark zu machen. Menschen in der Nachbarschaft sollten eingeladen werden, um darüber zu sprechen. Im Jahr 2014 wurde die Idee bereits bei 65 Freitagsgebeten aufgegriffen und zahlreiche Moscheevereine luden Nachbarn zu Gesprächen ein.

Die dabei gemachten Erfahrungen waren so positiv, dass in den folgenden Jahren auch Oberbürgermeister*innen und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens um Mitwirkung gebeten wurden. Medien berichteten darüber. So besuchte 2018 zum Beispiel der Bonner Oberbürgermeister während der UN-Wochen auch die Synagoge und sprach dort zu der Gemeinde. 2019 wurden neun jüdische Persönlichkeiten zu Freitagsgebeten eingeladen. Sie berieten mit den Gemeindegliedern darüber, wie Hass, Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus abgebaut werden können.

Inzwischen wirken auch andere Religionsgemeinschaften in diesem Arbeitskreis der Stiftung mit. 2018 wurden die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland und jüdische Vertretungen aufgenommen. Der Name des Arbeitskreises wurde in »Religionen laden ein« verändert. Seit 2019 sind auch der Zentralrat der Eziden und der Geistige Rat der Bahai vertreten.

Am 17. März 2019 fand ein evangelischer Gottesdienst im hessischen Seeheim statt, bei dem der hessen-nassauische Kirchenpräsident die Predigt hielt und Ansprachen durch Persönlichkeiten des Judentums und Islams erfolgten. Anschließend gab es ein Gespräch mit der Gemeinde. Am 22. März 2020 folgte ein ähnlicher Gottesdienst mit der Evangelischen Dekanin in der Stadtkirche Darmstadt, mit Kirchenpräsident Volker Jung als Prediger sowie mit Ansprachen von Aiman Mazyek, dem Vorsitzenden des Zentralrates der Muslime und Daniel Neumann, dem Direktor des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden in Hessen. Durch die Corona-Pandemie wurden solche Begegnungen dann unterbrochen.

Der Arbeitskreis »Religionen laden ein« und das Abrahamische Forum in Deutschland veröffentlichten seit März 2020 gemeinsame Aufrufe, in denen dazu angeregt wird, Menschen anderer Religionen als Gäste zu religiösen Feiern während der Internationalen Wochen gegen Rassismus einzuladen und sich mit ihnen zur Überwindung von Hass und Rassismus auszutau-

schen. Neun Religionsgemeinschaften machen dabei mit. Insgesamt gab es im März 2024 über 2.000 religiöse Feiern und nicht gezählte Iftar-Einladungen zum Fastenbrechen während des Ramadans zu den UN-Wochen gegen Rassismus.

SCHULTER AN SCHULTER

Hassreden führen zu Gewalt. Vor allem antisemitische, antimuslimische und rassistisch motivierte Angriffe haben ein erschreckendes Ausmaß angenommen. Anfang April 2018 wurde der Arbeitskreis SCHULTER AN SCHULTER gestartet, nachdem in der Stadt Darmstadt die Scheiben einer Moschee eingeworfen und die Außenwände beschmiert wurden. Der dort wohnende Imam und seine Familie hatten Angst und wagten sich nicht mehr nach draußen. In der Stadt passierte erstmal gar nichts. Die Stiftung gegen Rassismus hat dann zusammen mit jüdischen, christlichen und muslimischen Gemeinden und Einzelpersonen einen Brief verfasst und einen Solidaritätsbesuch in der Moschee organisiert. Daran nahm auch der Oberbürgermeister teil. Zeitungen berichteten darüber. Der muslimischen Gemeinde wurde durch die Gespräche und Aktionen wieder Mut gemacht. Diese Erfahrung war der Anstoß, dass wir SCHULTER AN SCHULTER nach dem Vorbild einer amerikanischen Einrichtung gründeten.

Es wurde eine Leitungsgruppe gebildet, der Persönlichkeiten des Abrahamischen Forums in Deutschland, des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden in Hessen, des Zentralrates der Muslime in Deutschland und der Stiftung gegen Rassismus angehören. Zudem wurde ein beratender Beirat eingerichtet mit Persönlichkeiten wie dem Präsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland, dem evangelischen Bischof von Berlin, dem Vorsitzenden des Zentralrates der Muslime in Deutschland, einer Vertreterin der Stadt Heidelberg, einem Bundesvorstandsmitglied der Gewerkschaft ver.di, einer Vertreterin des Zentralrates der Deutschen Sinti und Roma, dem Vorsitzenden von Pro Asyl und anderen.

Besonders wichtig waren für SCHULTER AN SCHULTER die Aktiven vor Ort: Menschen, die dazu bereit sind, im Fall von rassistischen Angriffen Kontakt mit den Betroffenen aufzunehmen und solidarische Aktivitäten anzuregen. Über 130 Persönlichkeiten an mehr als 50 Orten in Deutschland wirkten bei

SCHULTER AN SCHULTER mit. SCHULTER AN SCHULTER setzte sich dafür ein, dass bei jeder Form von Gewalt breite Solidarisierungen mit den Opfern erfolgen. Die Täter dürfen nicht den Eindruck bekommen, dass menschenfeindliche Aktionen von der Bevölkerung akzeptiert werden. Deshalb gab SCHULTER AN SCHULTER Anregungen, was bei Anschlägen getan werden kann.

Wo es zu hasserfüllten und gewalttätigen Übergriffen oder Anschlägen kommt, sollen Staat und Zivilgesellschaft gemeinsam auftreten. Empfohlen werden:

- Solidaritätsbesuche bei Betroffenen: Es geht darum, dass Opfer von Hass und Gewalt nicht alleingelassen werden und Gespräche mit ihnen geführt werden;
- Solidarisierende Briefe mit Unterschriftenlisten;
- Medien sollen über diese Zeichen von Solidarität ausführlich berichten und nicht vor allem über die Gewalttaten;
- Veranstaltungen zu Hass und Gewalt im Rathaus oder anderen Einrichtungen, an denen sich auch öffentlich bekannte Persönlichkeiten beteiligen;
- Schweigeminuten bei Sportveranstaltungen oder in Schulen und anderen Einrichtungen;
- Veranstaltungen in Religionsgemeinden, bei denen die betroffenen Menschen ihre Erfahrungen darstellen und darüber sprechen können.

Veranstaltungen wurden von der Stiftung im Rahmen der Möglichkeiten finanziell unterstützt. Gefördert wurde SCHULTER AN SCHULTER anfangs vom Ministerium des Innern der Bundesrepublik Deutschland, später durch »Demokratie leben«. Inzwischen wurde die Unterstützung beendet und dadurch musste diese erfolgreiche Arbeit zum Ende des Jahre 2024 eingestellt werden.

Europäische Kooperationen

Der Rassismus in Europa ist dramatisch. Bereits beim Brexit von Großbritannien spielte Rassismus eine große Rolle. In Dänemark sind die regierenden Sozialdemokraten zu einer rassistischen Partei geworden. In Ungarn

ist eine rassistische Partei an der Regierung und spaltet Europa. In Italien gehört die Ministerpräsidentin einer faschistischen Partei an. In Österreich wurde die rassistische FPÖ zur stärksten Partei. In Frankreich hat eine rassistische Partei Chancen, die nächste Präsidentin zu stellen. In Deutschland sind rechte Parteien erfolgreich. Die Europäische Kommission und die europäischen Regierungen tragen die Verantwortung für die vielen Toten im Mittelmeer – ein Ausdruck von rassistischem Verhalten gegenüber Geflüchteten.

Manche politischen Parteien der Mitte werden in Europa zunehmend rassistischer und nationalistischer. Eher liberale Parteien schweigen zu rassistischen Vorfällen. Die Überwindung von Rassismus ist vor allem zu einer Aufgabe der Zivilgesellschaft geworden. Politische Parteien sind von Wahlen abhängig und engagieren sich kaum gegen Rassismus. Daher ist es erforderlich, Mehrheiten in der Bevölkerung zu organisieren, die sich für eine menschenfreundliche Gesellschaft und die Überwindung von Rassismus einsetzen. Eine Vielfalt von Aktivitäten ist dafür erforderlich.

Die Stiftung gegen Rassismus lud am 15. Dezember 2021 Persönlichkeiten aus zehn europäischen Ländern zu einem digitalen Treffen ein, bei dem sie eine gemeinsame Erklärung verabschiedeten. Sie wiesen darauf hin, dass der Internationale Tag gegen Rassismus am 21. März ein »Kristallisationspunkt für Initiativen und Kooperationen« sein kann. Sie gründeten den Arbeitskreis »Solidarisches Europa. Zusammen gegen Rassismus« und starteten mit beispielhaften Initiativen zum 21. März 2022 vor allem in Tschechien, Italien und der Slowakei. Eine Mitarbeiterin konnte dank der Förderung durch Pro Asyl in Prag eingestellt werden und in Tschechien gab es 2024 bereits über 100 vielfältige Veranstaltungen.



Weder die Europäische Kommission noch eine andere staatliche Stelle waren zu einer Förderung dieser europäischen Zusammenarbeit bereit. Im Jahr 2025 ist nur eine reduzierte Förderung durch die Stiftung gegen Rassismus und Pro Asyl möglich und ab dem Jahr 2026 wird die Förderung dieses Projektes ganz eingestellt, wenn es keine neuen Förderungen gibt.

Gesundheit und Rassismus

Bei der Vielzahl an Aktivitäten zu den UN-Tagen gegen Rassismus ist aufgefallen, dass ein Lebensbereich fast nicht vertreten war: das Gesundheitswesen. Wir haben deshalb damit begonnen, darüber mit Ärztinnen und Ärzten, Pflegepersonal und rassistisch betroffenen Menschen zu sprechen. Das große Echo hat uns überrascht und wir haben gelernt: Rassismus macht krank. Daher ist eine rassismuskritische Gesundheitsversorgung notwendig.

Seit 2022 beschäftigten wir uns mit Rassismus im Gesundheitswesen. Auf Tagungen und durch die Erstellung von Materialien wurde zu dem Thema sensibilisiert und Wissen vermittelt. Seit 2025 handelt es sich um ein eigenes Modellprojekt, das von der Deutschen Fernseh-Lotterie gefördert wird. Beteiligt sind alle relevanten Akteure wie Patient*innen, Menschen mit Pflegebedarf, Fachkräfte und Mitarbeiter*innen im medizinischen Sektor, Landes-, Ärzte- und Pflegekammern, zivilgesellschaftliche Organisationen und Beratungsstellen.

Kleine Kommunen

Nach dem Start der UN-Tage gegen Rassismus in Deutschland im Jahr 1995 fanden Veranstaltungen in wenigen großen Städten statt. Inzwischen engagieren sich Gruppen und Kommunen in den meisten großen Städten. Im Jahr 2024 wurden uns 301 Kommunen gemeldet: 108 Orte mit unter 25.000 Einwohnenden und nur 39 Orte mit unter 10.000 Einwohnenden.

Kleine Städte und Gemeinden insbesondere im ländlichen Raum haben einen besonderen Beratungsbedarf und für viele sind mehr Hilfestellungen unerlässlich, zumal es für sie bisher wenig Berichte, Dokumentationen und passende Anregungen bzw. Unterstützungsangebote gibt. Bisher wurde die besonders schwierige Situation kleiner Kommunen übersehen.

Im März 2025 starten wir mit einer halben Stelle deshalb das Projekt »Kommunen für Demokratie und gegen Rassismus«, das von der Deutschen Postcode-Lotterie gefördert wird. Geprägt durch große Städte wird meist von den Internationalen Wochen gegen Rassismus gesprochen, da die vie-

len Veranstaltungen in großen Städten nicht nur am UN-Tag gegen Rassismus durchgeführt werden können und daher ein längerer Zeitraum erforderlich ist. Für kleine Kommunen ist eine Woche meist eine Überforderung. Daher ist dort eher vom Internationalen Tag gegen Rassismus zu sprechen.

Es ist erforderlich,

- Erfahrungen mit Veranstaltungen in mittleren und kleinen Städten und Gemeinden zu sammeln und zu analysieren sowie den Austausch zu unterstützen, der auch das öffentliche Leben auf dem Land fördert,
- passende Anregungen für kleine Kommunen zu erstellen und dazu Impulse zu geben,
- mit Verantwortlichen in Kommunen ins Gespräch zu kommen, um ihre besondere Situation zu verstehen und danach geeignete Maßnahmen-Angebote zu erstellen,
- Einrichtungen in kleinen Kommunen wie Feuerwehr, Schulen und Sport dafür zu gewinnen, den UN-Tag gegen Rassismus aufzugreifen und mit Aktivitäten zu starten,
- Religionsgemeinden dafür zu gewinnen, dass sie Persönlichkeiten anderer Religionen zu Feiern in der Zeit um den 21. März einladen und dadurch die vielen vorhandenen Vorbehalte abbauen.

Die Situation in den einzelnen Kommunen ist jeweils unterschiedlich: Es gibt Orte, die viele Geflüchtete aufgenommen haben und damit teilweise überfordert sind. Es gibt Orte, in denen Minderheiten leben, die kaum Kontakte zur einheimischen Bevölkerung haben – das ist zum Beispiel mitunter bei der Gruppe der Roma zu beobachten. Es gibt Orte, in denen rechtsextreme Gruppen dominant sind, Orte mit rassistisch ausgerichteten Fußballvereinen oder Religionsgemeinden, die sich gegen jüdische und muslimische Personen und Einrichtungen positionieren. Darauf sind unterschiedliche Antworten erforderlich. Bei dem Vorhaben kooperiert die Stiftung gegen Rassismus mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund sowie mit dem Dachverband der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland DaMOst e.V. in Halle. Auch hierfür wurde eine staatliche Förderung abgelehnt. Umso dankbarer sind wir für eine Förderung der Deutschen Postcode-Lotterie im Jahr 2025.

Und wie geht es weiter?

Insgesamt waren die 30 Jahre erfolgreich. Eine Mehrheit in der Bevölkerung sieht in der Überwindung von Rassismus eine wichtige Aufgabe. Bei der Bundesregierung gibt es eine Antirassismus-Beauftragte, einen Antisemitismus-Beauftragten und einen Antiziganismus-Beauftragten. Damit sind wichtige Ziele der Stiftung gegen Rassismus erreicht. Was allerdings noch lange nicht heißt, dass die Arbeit nach 30 Jahren eingestellt werden könnte.



Plakat im Jahr 2025,
das von PRO ASYL
gefördert wurde.

Rassismus als Wurzel für den Rechtsrutsch

Rassismus ist eine Wurzel des breiten Rechtsrutsches, der bereits jetzt eine große Gefahr für die friedliche Entwicklung in Deutschland und Europa darstellt:

- Rassismus ist weiterhin für politische Parteien ein Mobilisierungsfaktor bei Wahlen;
- es gibt viele Formen von Diskriminierungen gegenüber betroffenen Menschen;
- Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus haben seit dem 7. Oktober 2023 teilweise zugenommen;
- die Antirassismus-Politik der politischen Parteien entpuppt sich mehr und mehr als Symbolpolitik: Beauftragte werden ernannt, doch ihre Etats sind gering und werden immer wieder gekürzt;
- ein Demokratiefördergesetz wird lange diskutiert und schließlich doch abgelehnt;
- antirassistische Aktivitäten der Zivilgesellschaft werden vom deutschen Staat kaum und von der Europäischen Kommission so gut wie überhaupt nicht gefördert - das Geld wird bei der EU für Grenzsicherungen benötigt und ausgegeben;
- die Zivilgesellschaft ist weitgehend auf sich allein gestellt; von der Europäischen Kommission wird bei Ablehnungsbescheiden empfohlen, die Überwindung von Rassismus den Ehrenamtlichen und Studierenden zu überlassen;
- das zivilgesellschaftliche Engagement ist beachtlich, benötigt jedoch qualifizierte Impulse, die finanziert werden müssen: Die über 5.000 Veranstaltungen zu den UN-Wochen gegen Rassismus werden gerade einmal von drei Personen bei der Stiftung gegen Rassismus koordiniert. Dabei haben wir die Erfahrung gemacht, dass gegen Rassismus etwas getan werden kann.

Fehlende Förderungen

Die Aufgaben der Überwindung von Rassismus stecken also noch in den Anfängen – immerhin ist die Notwendigkeit nach 30 Jahren anerkannt. Angesichts des Rechtsrutsches ist jedoch mit weiteren Rückschlägen zu rechnen. Eine Folge der letzten Landtagswahlen in Hessen und anderen Ländern war es, dass Finanzierungen für antirassistische Projekte eingestellt wurden. Zugleich werden rassistische Parteien aus den Haushalten von Bund und Ländern gefördert.

Förderungen neuer Projekte der Stiftung gegen Rassismus im Jahr 2024 wurden von staatlichen Einrichtungen durchgehend abgelehnt. Dankbar sind wir Lotterien, die neuerdings die Notwendigkeit für Förderungen erkannt haben ebenso wie einzelnen Unternehmen, die erkennen, wie schädlich der Rassismus für Deutschland für die erforderliche Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte ist.

Aufgaben der Stiftung

Für die Stiftung gegen Rassismus gibt es viele Aufgaben:

So erfreulich die jährlich über 5.000 Veranstaltungen mit über 300.000 Teilnehmenden sind – es sind noch weitere gesellschaftliche Bereiche zu gewinnen:

- Erfreulich ist das Engagement im Sport, zumal sich alle großen Verbände in Deutschland mit einem eigenen Tag für den Sport beteiligen.
- Wir freuen uns über das Engagement der Feuerwehr und der Gewerkschaften der Polizei oder der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).
- Groß ist das Engagement von Städten wie Berlin, München, Hamburg, Dresden, Stuttgart, Bielefeld oder Böblingen, Heidelberg, Offenburg, Lüneburg und Paderborn. Aber unter den 301 aktiven Orten sind nur 39 Orte mit unter 10.000 Einwohnenden dabei.
- Viele Schulen sind aktiv – aber nur etwa 1 Prozent der allgemeinbildenden Schulen in Deutschland beteiligen sich mit Aktivitäten.

- Erfreulich ist die Mitwirkung der neun relevanten Religionsgemeinschaften in Deutschland, vor allem der Muslime. Aber es sind nur wenige christliche Gemeinden dabei.
- Mit dem Gesundheitsbereich starten wir gerade.
- Bei der Bundeswehr haben wir nach vielen Bemühungen erste Kontakte, aber es werden uns keine Aktivitäten mitgeteilt.
- Ursachen für Rassismus sind verschiedenartig und daher sind auch vielfältige Aktivitäten erforderlich - viele gesellschaftliche Bereiche wurden bisher noch nicht erreicht.

Es gibt erfreuliche Entwicklungen und zugleich ist durch den Rassismus und den dadurch geprägten Rechtsrutsch die demokratische Zukunft und die grundgesetzlich verankerte Menschenwürde in Gefahr - dadurch entstehen neue Aufgaben und Herausforderungen beim Engagement gegen Rassismus.

Gespräche mit politischen Parteien

Politische Parteien wirken nach § 21 des Grundgesetzes an der politischen Willensbildung des Volkes mit. Dabei gehört die Überwindung von Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu zentralen Aufgaben, die sich aus dem ersten Paragraphen des Grundgesetzes ableiten: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Das Engagement der Parteien ist allerdings eher zurückhaltend und es sind sogar rassistische und antisemitische politische Parteien in Bund, Ländern und Gemeinden vertreten.

Die Zivilgesellschaft sollte daher Gespräche mit Parteien suchen. Die vielen aktiven Gruppen bei der Stiftung gegen Rassismus können vor Ort mit lokalen Vertretungen sprechen. Die Bundeszentrale und die Landeszentralen für politische Bildung könnten zur Mitwirkung gewonnen werden.

Gemeinsames Ziel sollte es für alle sein, zu einer menschenfreundlichen Gesellschaft beizutragen und Hass und Hetze zu überwinden.

Es gibt nichts Gutes. Außer man tut es.

Eine Laudatio zum Tag gegen Rassismus

von Heribert Prantl

Süddeutsche Zeitung vom 17. März 2019

Es gibt fast jeden Tag irgendeinen Gedenktag: den Tag der Heimat und den Tag der Bibliotheken, den Tag der Demokratie, den des Kinderbuchs, den des Denkmals oder den der Arbeit. Es gibt kaum einen Tag, der nicht einem besonderen Anliegen gewidmet ist. Man könnte also den nächsten Donnerstag einfach mit einem »Aha« vorbeigehen lassen, so wie man andere Gedenktage auch vorbeigehen lässt.

Der nächste Donnerstag, der 21. März, ist der internationale Tag gegen Rassismus. Das klingt abstrakt, ist es aber nicht. Der Tag ist auch nicht willkürlich ausgesucht. Er erinnert an das Massaker von Sharpeville nahe Johannesburg in Südafrika. Es geschah am 21. März 1960: Zwanzigtausend Menschen demonstrierten gegen das diskriminierende Passgesetz des Apartheid-Regimes. Die Polizei schoss in die Menge. 69 Menschen starben, darunter acht Frauen und zehn Kinder.

Sechs Jahre später rief die Vollversammlung der Vereinten Nationen zur »elimination of all forms of racial discrimination« auf und proklamierte einen Gedenktag dafür. Vor vierzig Jahren wurde dieser Gedenktag mit der Bitte an die Mitgliedsstaaten ergänzt, alljährlich eine Aktionswoche der Solidarität mit den Gegnern und Opfern von Rassismus zu organisieren.

Juden bei den Muslimen, Muslime bei den Juden

Das ist kein Aktionismus, sondern eine Notwendigkeit; wie notwendig, zeigte der vergangene Freitag: Das Attentat auf zwei Moscheen in Christchurch/Neuseeland mit Dutzenden von Toten war ein rassistischer Anschlag. Das Attentat war »eine Folge des antimuslimischen Rassismus, der in vielen Ländern verbreitet ist«. Das sagt der evangelische Theologe Jürgen Micksch, der seit vielen Jahren in Deutschland die Wochen gegen Rassismus organisiert. In diesem Jahr reden in diesem Rahmen auch jüdische Persönlichkeiten zu den Muslimen, in elf Moscheen bei den Freitagsgebeten. Und der Vorsitzende des Zentralrates der Muslime in Deutschland, Aiman Mazyek, redet in der Augsburger Synagoge anlässlich eines Sabbatgebetes. Solche religiösen Begegnungen sind das große Anliegen des Theologen und Soziologen Jürgen Micksch.

Über diesen Jürgen Micksch möchte ich in diesem Newsletter zum »Tag gegen den Rassismus« erzählen, weil er es für mich ist, der diesem Tag und der Arbeit gegen den Rassismus in Deutschland ein Gesicht gibt: Es ist das Gesicht eines sehr freundlichen, schlohweißen Herrn von 78 Jahren; er ist ein Mann von unerschütterlicher Herzlichkeit. Ich kenne ihn seit über dreißig Jahren, seit den ersten Monaten meiner Zeit als Journalist. Damals war er stellvertretender Direktor der Evangelischen Akademie in Tutzing und Gründer von Pro Asyl. Vor ein paar Jahren durfte ich auf ihn die Laudatio halten, als er in Dresden den Erich-Kästner-Preis erhielt.

Heute ist Micksch Vorsitzender des Interkulturellen Rates, den er gegründet hat, und Geschäftsführer des »Abrahamischen Forums«, in dem Juden, Christen, Muslime und die Mitglieder der kleinen, aber weltweit verbreiteten Religion der Bahá'í miteinander reden: »Vier Religionen, aber immer der gleiche Gott«, erklärt Micksch.

Seiner Initiative ist es zu verdanken, dass es in Deutschland die »Internationalen Wochen gegen Rassismus« gibt, an denen sich anfangs fast niemand beteiligen wollte, weil es, wie Ämter und Behörden meinten, keinen Rassismus in Deutschland gebe. Als Micksch mit einer Arbeitsgruppe, die im Bundesinnenministerium angesiedelt war, Erklärungen zum Thema Rassismus herausgab, strich das Ministerium das Wort »Rassismus« aus sämt-

lichen Texten und ersetzte es durch »Ausländerfeindlichkeit«. Dass es die gab, war unbestritten. Erst seit der Aufdeckung der Mordserie des NSU wird auch offiziell nicht mehr abgestritten, dass es Rassismus gibt in Deutschland.

Der Einzelfall zählt

Ich habe Micksch kennengelernt, als 1988 ein neues Ausländerrecht in Arbeit war, Friedrich Zimmermann von der CSU, ein ebenso jovialer wie begradeter Hardliner, war der zuständige Minister – und Jürgen Micksch war in tiefer Sorge. Diese Sorge trug er damals zu mir in die Redaktion. Von ihm und von Pro Asyl habe ich fortan einiges lernen können: Ausdauer und Nachhaltigkeit zum Beispiel. »Der Einzelfall zählt« – das war einmal der Titel einer großen Aufklärungskampagne. Wie wirksam es ist, den Menschen ei-



**Plakat aus dem
Jahr 2003.
Der Handschuh prägte
jahrelang die Tage
gegen Rassismus.**

nen Einzelfall nahezubringen, das hat Micksch ganz am Anfang seiner Flüchtlingsarbeit selbst erlebt: Als in Tutzing, seinem damaligen Arbeitsort, dem Sitz der Evangelischen Akademie, Flüchtlinge untergebracht werden sollten, Palästinenser, kam es auch dort zu Anwohnerprotesten. Micksch organisierte ein Treffen. Bürger sollten kommen und auch Flüchtlinge. Er ließ sie mit Hilfe von Übersetzern über ihre Fluchtgründe berichten, vom Elend, in dem sie lebten, von ihrer Arbeits- und Heimatlosigkeit und der Gewalt, der sie ausgesetzt waren.

Die Bürger blieben skeptisch, könnte ja alles gelogen sein. Ein Vater erzählte von seinem Sohn, dem in den Fuß geschossen worden sei, der Junge stand neben ihm. »Zeig mal«, sagte der Vater. Da krepelte der Junge sein Hosenbein hoch und zog den Schuh aus. Und die Bürger sahen die Wunde. »Das hat die Stimmung im ganzen Ort verändert«, erinnert sich Micksch. Bei seiner Gründung von Pro Asyl war Micksch Mitte 40 und Ausländerreferent der Evangelischen Kirche Deutschlands. Er wollte damals so etwas wie einen deutschen Flüchtlingsrat einrichten.

Als Erstes besprach er sich mit seinem katholischen Kollegen, der ihm umstandslos riet: »Vergessen Sie's«. Micksch suchte sich andere Verbündete. Die Caritas warnte ihn: Er solle seinen Plan aufgeben, die Zeit sei nicht reif, er würde mit so etwas nur die Politik verärgern. Vom Diakonischen Werk kam die Mitteilung, man werde ihn nicht unterstützen. Micksch ließ sich nicht unterkriegen. Er reiste durch Deutschland, um Pro Asyl aufzubauen. Aus einem Verein, auf den damals kaum einer achtete, ist eine der gewichtigsten Menschenrechtsorganisationen in Deutschland geworden.

Erfinder der »multikulturellen Gesellschaft«

Welche Konstitution muss einer haben, der seit 45 Jahren für ein humanes Ausländerrecht und gegen Rassismus streitet? Und welches Gemüt braucht einer, den viele Politiker, ja selbst seine Kirchenoberen, als nervigen Spinner abgetan haben, bis sie dann irgendwann doch noch anfangen, seine Vorschläge näher zu betrachten? 1980, als Micksch den Begriff der »multikulturellen Gesellschaft« erfand und ins Gespräch brachte, hat ihn kaum jemand verstanden, nicht einmal seine eigene Kirche. Sein Arbeitgeber, der Rat der EKD, verbot ihm damals, den Begriff weiterhin zu verwenden. Er

selbst hat später das Wort »multikulturell«, als es zu einem politischen Kampfbegriff geworden war, durch »interkulturell« ersetzt.

Jürgen Micksch ist schuld daran, dass 1993 erstmals in Deutschland eine Obdachlosenzeitung namens BISS erschien. Auch hier war der in Breslau geborene, mit seiner Mutter im Alter von vier Jahren nach Bayern geflohen Mann ein Wegbahner, Organisator und Optimist. Sein Selbstbewusstsein hat er womöglich von ganz früher, als er als Kinderstar zusammen mit Heinz Rühmann auf der Bühne und vor der Kamera stand. Zum Beispiel in »Warten auf Godot«, unter der Regie von Fritz Kortner. Warten auf Godot. Das Stück hat etwas mit dem Nicht-Aufgeben zu tun, mit dem Immer-Wieder-Weitermachen. Das passt zu Jürgen Micksch.

Wie viel Kraft muss einer haben, um mit Widerständen ohne Ende gut umzugehen? Er braucht den Glauben an die Kraft des Guten. Und es hilft gewiss auch das Gottvertrauen des Christen. Wäre es nach Micksch gegangen, gäbe es die deutsche Islamkonferenz nicht erst seit 2006, sondern schon seit 1990. Micksch ist, ohne dass er missionarisch auftritt, ein Werber für die Menschenrechte und das Miteinander: das Miteinander der Menschen, das Miteinander der Religionen. Wenn dieses Projekt gelingt, wenn der Kampf gegen Rassismus nicht vergeblich ist – dann dank der Leute, die so sind wie er. »Es gibt nichts Gutes, außer man tut es«, das ist der immer wieder zitierte Satz von Erich Kästner. Er kann ein Lebensmotto sein.

Anhang

Chronik

1994

- Auf Initiative des Interkulturellen Beauftragten der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN), Jürgen Micksch, wird am 31. August 1994 in Frankfurt am Main der Interkulturelle Rat in Deutschland e.V. gegründet. Er setzt sich zu gleichen Teilen aus deutschen und zugewanderten Mitgliedern zusammen, die bei Gewerkschaften, Kirchen, Bürgerinitiativen oder staatlichen Stellen mitarbeiten. Zu den Vereinszielen gehört die Überwindung von Rassismus. Der gemeinnützige Verein formuliert bei den Satzungszwecken in §2 als beispielhafte Aufgabe: »Erarbeitung von Materialien zum Tag der Vereinten Nationen zur Überwindung von Rassismus«.

1995

- Zum Tag der Vereinten Nationen zur Überwindung von Rassismus am 21. März 1995 gibt der Interkulturelle Rat eine 16-seitige Broschüre heraus. Er veröffentlicht darin einen Aufruf und Anregungen für Aktivitäten sowie relevante Materialien.
- Eine Plakatreihe zum Motto »Rassismus macht einsam« wird durch den Interkulturellen Rat bundesweit verbreitet und mit Unterstützung der Deutschen Städte-Reklame an vielen Orten plakatiert. In Pressemitteilungen fordert der Interkulturelle Rat zu Mahnwachen vor Abschiebeanstalten am Vorabend des 21. März auf. Aus Anlass des Europäischen Jahres der Toleranz wird dafür appelliert, das kommunale Wahlrecht auch für Nicht-EU-Bürger*innen einzuführen. Erste Veranstaltungen zum UN-Tag finden in Darmstadt statt.

1996

- Der Interkulturelle Rat gibt zum 21. März 1996 die Broschüre »Gleichbehandlung statt Diskriminierung« heraus, in der gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) eine Antidiskriminierungspolitik und ein Antidiskriminierungsgesetz gefordert werden. Vereinzelt finden hierzu Veranstaltungen und Demos statt.

1997

- Der Nationale Koordinierungsausschuss für das Europäische Jahr gegen Rassismus 1997 regt dazu an, dass sich Schulen in Deutschland am 21. März den Themen der damals noch so benannten »Fremdenfeindlichkeit« und Rassismus widmen. Beispielhaft hat sich die Thomas-Mann-Schule in Darmstadt zur Teilnahme an der Aktion entschlossen. Der Interkulturelle Rat erstellt Materialien zur Vorbereitung der Schulstunden und die 64-seitige Broschüre »Vielfalt statt Einfalt«. Vom Bundesland Brandenburg und den dortigen Kirchen wird angeregt, zum Antirassismustag in den Städten und Gemeinden die Kirchenglocken zu läuten.

1998

- Zum UN-Tag wird vom Interkulturellen Rat das Faltblatt »Gemeinsam in der Schule gegen Rassismus« veröffentlicht. Eine Pressemitteilung des Rates warnt vor einer Ausbreitung »national befreiter Zonen« in Wohngebieten und Freizeiteinrichtungen, in denen keine Menschen mit Migrationsgeschichte geduldet werden.

1999

- In einer Pressemitteilung zum UN-Tag betont der Interkulturelle Rat, dass der 21. März 1999 »in Deutschland zu einem Tag der Selbstkritik« werde sollte. Die Unterschriftenaktion von CDU/CSU gegen die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft in diesem Jahr habe »fremdenfeindliche Einstellungen hoffähig gemacht (...) Beim Interkulturellen Rat, Gewerkschaften, Kirchen und Menschenrechtsorganisationen gingen vermehrt fremdenfeindliche Briefe ein, deren Absender nicht mehr anonym bleiben.

Es hat sich eine Klimaveränderung vollzogen, die hier lebende Ausländerinnen und Ausländer tief verletzt und enttäuscht hat.«

2000

- Anlässlich des UN-Tages gegen Rassismus fordert der Interkulturelle Rat antirassistische Bildungsprogramme für die Jugend. Erhebungen des Eurobarometers hatten gezeigt, dass europaweit bei belgischen und deutschen Jugendlichen die meisten »fremdenfeindlichen« Einstellungen festzustellen seien. »Darin kommt ein Defizit unserer Erziehung zum Ausdruck«, betont der Interkulturelle Rat in einer Mitteilung.

2001

- Gemeinsam rufen im Internationalen Jahr gegen Rassismus 2001 der Interkulturelle Rat und der Verein »Gesicht zeigen!« (Berlin) erstmals Persönlichkeiten aus Kultur, Wissenschaft, Politik und anderen gesellschaftlichen Bereichen dazu auf, »mit Schülerinnen und Schülern über friedliches Zusammenleben zu sprechen.« Dazu gibt der Interkulturelle Rat ein Faltblatt mit dem Titel »Gesicht zeigen gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt« heraus. Rund 26 Schulen und 30 Persönlichkeiten beteiligen sich daran.

2002

- Zu einer erstmals bundesweiten Aktionswoche vom 18. bis 22. März 2002 in Schulen rufen der Interkulturelle Rat und »Gesicht zeigen!« gemeinsam auf. Über 40 Persönlichkeiten und Schulen beteiligen sich daran.

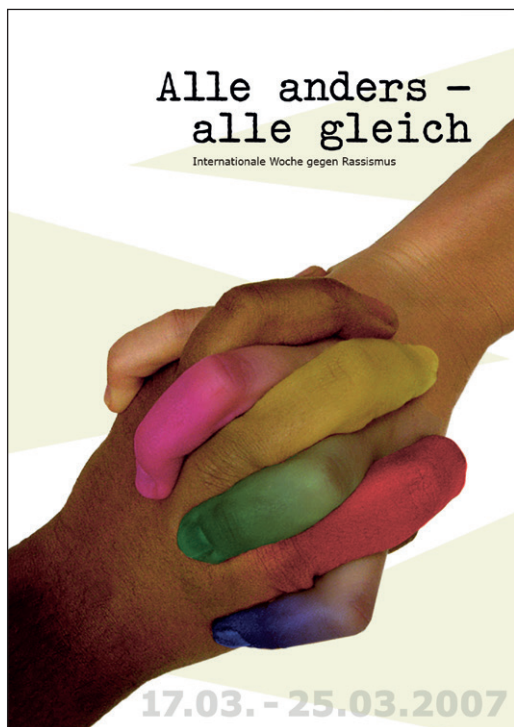
2003

- Im Zeitraum vom 17. bis 21. März 2003 finden bundesweit rund 150 Veranstaltungen statt, davon etwa 70 in Schulen und 23 in Museen. Interkultureller Rat und »Gesicht zeigen!« rufen wieder gemeinsam dazu auf.
- Am 5. März 2003 veranstaltet der Interkulturelle Rat zusammen mit dem Forum gegen Rassismus beim Bundesministerium des Innern einen Austausch zu Aktionen zum 21. März in Frankreich und Deutschland. In Frankreich werden Veranstaltungen zum 21. März als staatliche Aufgabe angesehen und gefördert.
- Das Forum gegen Rassismus im Bundesministerium des Innern veröffentlicht am 20. März 2002 eine Pressemitteilung zum Internationalen Tag zur Beseitigung der Rassendiskriminierung.

- Am 5. November 2003 findet in Weimar auf Einladung des Interkulturellen Rates und in Zusammenarbeit mit dem Bundesinnenministerium eine Auswertung der Veranstaltungen statt sowie Beratungen zu Planungen für das folgende Jahr. Später werden diese Treffen als Planungstagungen bezeichnet.

2004

- Vom 15. bis 21. März 2004 finden 270 Veranstaltungen statt, davon etwa 100 in Schulen, 13 in Museen, 10 in Theatern und viele in Kinos. Erstmals wird eine Übersicht der Veranstaltungen ins Internet gestellt.
- Am 16. September 2004 findet auf Einladung von Interkulturellem Rat und Bundesinnenministerium die Planungstagung im Rathaus von Weimar statt.



**Plakat im Jahr
2007**

2005

- Vom 14. bis 21. März 2005 werden etwa 200 Veranstaltungen gezählt – der Rückgang ist damit zu erklären, dass es dem Interkulturellen Rat nicht gelungen ist, erforderliche Fördermittel zu erhalten.
- Am 13. Oktober 2005 findet die Planungstagung erneut in Weimar statt.

2006

- Vom 18. bis 26. März 2006 werden 400 Veranstaltungen gemeldet. Erstmals erfolgen Stadionsdurchsagen bei einem Fußball-Länderspiel und bei den Bundes- und Regionalligen durch den DFB und die DFL. 30 prominente Persönlichkeiten unterzeichnen anlässlich der Woche eine gemeinsame Stellungnahme.
- Die Planungstagung findet am 26. September 2006 bei der IG BCE in Hannover mit 30 Teilnehmenden statt.

2007

- Vom 17. bis 25. März 2007 finden etwa 500 Veranstaltungen statt.
- Die Planungstagung erfolgt am 2. Oktober 2007 bei der IG Metall in Frankfurt am Main.

2008

- Der Aktionszeitraum wird wegen der Osterfeiertage auf 10. - 23. März 2008 ausgeweitet. Über 500 Veranstaltungen finden statt. 55.000 Materialien werden versendet. 40 bundesweite Kooperationspartner unterstützen die UN-Wochen.
- Am 23. September 2008 findet die Planungstagung bei der IG BCE in Hannover statt.

2009

- Vom 16. bis 29. März 2009 werden über 700 Veranstaltungen gemeldet. Städte veröffentlichen teilweise umfangreiche Veranstaltungsprogramme, Volkshochschulen melden 20 Veranstaltungen. 82.000 Materialien werden durch den Interkulturellen Rat versendet. Zugesagt wird eine Förderung der Europäischen Union im Rahmen des Europäischen Integrationsfonds für die Jahre 2009 - 2011.

- Die frühere Präsidentin des Deutschen Bundestages, Rita Süssmuth, wird Botschafterin der UN-Wochen gegen Rassismus.
- Am 7. Oktober 2009 findet die Planungstagung in Berlin statt.

2010

- Vom 15. bis 28. März 2010 finden über 900 Veranstaltungen statt. Mehr als 60 Kooperationspartner, Sponsoren und Unterstützer machen bei den UN-Wochen mit.
- Zum UN-Tag am 21. März 2010 veröffentlicht der Interkulturelle Rat gemeinsam mit Pro Asyl und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) die Erklärung »Rassisten sind eine Gefahr, nicht Muslime«, die von 23 prominenten Persönlichkeiten unterzeichnet ist, darunter Literaturnobelpreisträger Günter Grass, die frühere Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth und die Schriftsteller Navid Kermani, Hilal Sezgin und Feridun Zaimoglu.
Anlass sind Aktivitäten rassistischer Gruppen wie »pro NRW« oder »pro Deutschland«. Die Erklärung wird vor allem im Internet weit verbreitet (vgl. Interkulturelle Modelle gegen Rassismus, Berlin 2014, Seite 62 ff.).
- Die Planungstagung mit 70 Teilnehmenden findet am 28. September 2010 bei der IG Metall in Frankfurt am Main statt und wie in den Folgejahren mit Förderung des Forums gegen Rassismus beim Bundesinnenministerium.

2011

- Vom 14. bis 27. März 2011 finden die UN-Wochen mit über 1.000 Veranstaltungen statt. »Unterrichtsmaterialien zur Antirassismusbearbeitung« für Kindergarten und Schule werden in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) bereitgestellt sowie Informationen zu den UN-Wochen in sieben Sprachen. Der Interkulturelle Rat veröffentlicht gemeinsam mit dem Koordinationsrat der Muslime einen Aufruf zu gemeinsamen Veranstaltungen mit Vertretungen aus Politik und Bürgerschaft.
- Erstmals gibt es eine Facebook-Seite.

2012

- Vom 12. bis 25. März 2012 werden über 1.250 Veranstaltungen gemeldet. Mehr als 70 Kooperationspartner, Sponsoren und Unterstützer*innen machen mit.
- Die Planungstagung findet am 25. September 2012 in Erlangen statt.

2013

- Vom 11. bis 24. März 2013 gibt es 1.380 Veranstaltungen. Erstmals erscheint ein Faltblatt in »Leichter Sprache« um die Informationen über die UN-Wochen auch für Menschen mit Leseschwierigkeiten zur Verfügung zu stellen.
- Am 11. März 2013 findet die Auftaktveranstaltung in der Staatskanzlei von Rheinland-Pfalz mit Ministerpräsidentin Malu Dreyer in Mainz statt.
- Botschafter der UN-Wochen ist der ehemalige DFB-Präsident und CDU-Politiker Theo Zwanziger.
- In der Pause der Planungstagung am 26. September 2013 in Frankfurt am Main verabreden Theo Zwanziger und Jürgen Micksch die Einrichtung einer Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus.

2014

- Vom 10. bis 24. März 2014 finden über 1.300 Veranstaltungen mit insgesamt über 100.000 Teilnehmenden statt.
- Die bundesweite Auftaktveranstaltung findet am 10. März 2014 mit Ministerpräsident Stephan Weil in den Räumen der niedersächsischen Landesregierung in Hannover statt.
- Staatsministerin Aydan Özoguz gibt am 21. März 2014 einen Empfang zum UN-Tag im Bundeskanzleramt in Berlin. Damit sind die UN-Wochen gegen Rassismus auch im politischen Leben in Deutschland etabliert.
- Zusammen mit muslimischen Verbänden entwickelt der Interkulturelle Rat das Projekt »Muslime laden ein«, das von der Robert-Bosch-Stiftung und der Dr. Buhmann Stiftung gefördert wird. Zum Freitagsgebet am 21. März 2014 laden 65 muslimische Gemeinden oder Einrichtungen Menschen aus ihrer Nachbarschaft ein. Durch Kontakte sollen ablehnende Einstellungen abgebaut werden. Zahlreiche Persönlichkeiten aus Kommunen und der Politik nehmen daran teil, sprechen zu den Gemeinden oder tauschen sich aus.

- Angesichts der Europawahl im Mai 2014 wird der Aufruf »Nein zum Rassismus in Europa« veröffentlicht, der von 3.500 Personen unterschrieben und dem Präsidenten des Europäischen Parlaments zugeleitet wird (vgl. Interkulturelle Modelle gegen Rassismus, Berlin 2014, S.75 ff.).
- Am 6. Mai 2014 wird vom Regierungspräsidium Darmstadt die »Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus« als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts anerkannt. Das Finanzamt Darmstadt bescheinigt die Gemeinnützigkeit. Mitglieder des Stiftungsrates sind Theo Zwanziger als Vorsitzender, Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth als Stellvertreterin und Giovanni Pollice, Vorsitzender des gewerkschaftlichen Antirassismus-Vereins »Mach' meinen Kumpel nicht an!«. Den Vorstand bilden Jürgen Micksch (geschäftsführend) und die Schriftstellerin Jagoda Marinic. Durch ein Fundraising wird ein Stiftungsvermögen von über 100.000 Euro erreicht.

In § 2 der Satzung werden als Stiftungszwecke formuliert:

- »die Vorbereitung, Planung, Durchführung, Koordinierung und Nacharbeit von Veranstaltungen zu den jährlichen UN-Wochen gegen Rassismus,
 - die Herausgabe von Materialien, Plakaten, Broschüren, Handzetteln, Videos etc. zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus, die insbesondere Schulen, Sportvereinen, Kirchengemeinden, Kommunen und Initiativgruppen zur Verfügung gestellt werden,
 - die Förderung von Modellprojekten, die das Ziel haben, zur Überwindung von Antisemitismus, Antiziganismus, antimuslimischem Rassismus oder Rassismus gegenüber Menschen anderer Hautfarbe und Flüchtlingen beizutragen, ...«
- Am 14. September 2014 wird anlässlich von 20 Jahren Interkultureller Rat bei einer Veranstaltung im Haus am Dom in Frankfurt am Main mit der Arbeit der Stiftung offiziell begonnen.
 - Die Planungstagung findet am 1. Oktober 2014 in Frankfurt am Main statt.

2015

- Vom 16. bis 29. März 2015 werden der Stiftung über 1.400 Veranstaltungen gemeldet.
- 300 Freitagsgebete widmen sich der Überwindung von Rassismus und 60 Moscheevereine laden zu eigenen Veranstaltungen ein. 250 Veranstaltungen werden zu Asyl- und Flüchtlingsthemen durchgeführt. Geflüchtete werden angeregt, Menschen aus der Nachbarschaft einzuladen. 70 Förderanträge dazu werden aus Mitteln des Bundesinnenministeriums bewilligt.
- Die Auftaktveranstaltung findet am 16. März 2015 in Karlsruhe statt, wo es besonders viele Veranstaltungen gibt. Die Informationen zu den UN-Wochen gibt es in elf Sprachen.
- Botschafter ist der frühere ARD-Vorsitzende und WDR-Intendant Fritz Pleitgen.
- Die Infobroschüre »Was ist Rassismus« wird veröffentlicht und findet große Verbreitung.
- Die Planungstagung mit 80 Teilnehmenden findet am 21. September 2015 in Frankfurt am Main statt.
- Am 30. November 2015 erfolgt erstmals in Frankfurt am Main die Tagung »Medien und Internationale Wochen gegen Rassismus«.

2016

- Vom 10. bis 23. März 2016 werden der Stiftung über 1.600 Veranstaltungen gemeldet, davon 350 zu Asyl- und Flüchtlingsthemen. Im Rahmen des Projekts »Muslime laden ein« finden 60 Veranstaltungen statt.
- Die Auftaktveranstaltung am 10. März 2016 in Halle (Saale) steht unter dem Motto: »100% Menschenwürde – Zusammen gegen Rassismus«.
- Botschafter ist wieder Fritz Pleitgen.
- Seit Januar 2016 übernimmt die Stiftung alle operativen Arbeiten für die Internationalen Wochen gegen Rassismus vom Interkulturellen Rat.
- Am 21. Januar 2016 wird bei einem Symposium in Frankfurt am Main die Broschüre »Antimuslimischer Rassismus – und was tun« veröffentlicht, die mehrfach aufgelegt und überarbeitet wird.
- Am 21. September 2016 findet die Planungstagung in Frankfurt am Main statt.
- Im September 2016 startet das Projekt »Prominent gegen Rassismus« im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben!«.

- Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) fördert mit Mitteln des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) den Videowettbewerb »Aus meiner Sicht«, bei dem Geflüchtete ihre Erfahrungen und Wünsche in Videos festhalten. Durch die vielen guten Einsendungen unter den 63 Videos werden mehr ausgezeichnet als vorgesehen. Zahlreiche Videos werden bei Veranstaltungen zu den UN-Wochen genutzt.

2017

- Vom 13. bis 26. März 2017 werden über 1.700 Veranstaltungen gemeldet.
- Die Auftaktveranstaltung findet mit Oberbürgermeister Eckart Würzner in der Universität Heidelberg statt. Es gibt 600 Freitagsgebete mit Ansprachen und Gebeten zur Überwindung von Rassismus.
- Botschafterin ist die ehemalige deutsche Fußball-Nationalspielerinnen Céla Šašić.



**Broschüre zur
antirassistischen
Bildungsarbeit
in Schulen aus
dem Jahr 2016**

- Am 14. Juni 2017 verabschiedet das Bundeskabinett den »Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus – Positionen und Maßnahmen zum Umgang mit Ideologien der Ungleichwertigkeit und den darauf bezogenen Diskriminierungen« (NAP). Auf den Seiten 29 und 44 heißt es zur Stiftung und den Internationalen Wochen gegen Rassismus:

»Die jährlich im März stattfindenden VN-Wochen gegen Rassismus werden in Deutschland durch die Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus koordiniert. Mehr als 80 bundesweite Organisationen sind daran beteiligt. Zu den Veranstaltern zählen Religionsgemeinschaften, Wohlfahrtsverbände, Kommunen, Gewerkschaften sowie Arbeitgeberverbände und viele weitere.« (Seite 29)

Und weiter: »Zu konkreten Themen über Rassismus und Diskriminierung wird es öffentliche Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit bzw. Informationskampagnen geben. Hierbei wird geprüft, in welcher Form die Zivilgesellschaft einbezogen werden kann. Die Bundesregierung wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten weiter die internationalen Wochen gegen Rassismus und die Aktionswochen gegen Antisemitismus unterstützen.« (Seite 44)

- In einer Mitgliederversammlung des Interkulturellen Rates am 19. Juli 2017 wird auf Antrag von Jürgen Micksch, seit 1994 Vorsitzender, der Verein einstimmig aufgelöst. Die Aufgaben des Interkulturellen Rates werden an das Abrahamische Forum in Deutschland e.V. und die Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus übergeben.
- Die Planungstagung findet am 18. September 2017 in Frankfurt/M. statt.

2018

- Vom 12. bis 25. März 2018 werden der Stiftung über 1.750 Veranstaltungen gemeldet und über 1.700 Freitagsgebete.
- Botschafterin ist die Journalistin Jana Pareigis aus Hamburg.
- Die Auftaktveranstaltung findet am 12. März 2018 im Rathaus in Dresden mit Reden des sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer und des Oberbürgermeisters Dirk Hilbert statt. Pegida-Anhänger versuchen die Veranstaltung zu stören, haben aber gegen die 400 friedlichen Teilnehmenden keine Chance.
- Bei einem Freitagsgebet spricht erstmals in der Moschee in Raunheim der Direktor des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden in Hessen

zu der Moscheegemeinde. Das findet große Beachtung. In Bonn besucht der Oberbürgermeister die Synagoge anlässlich der UN-Wochen.

- Zum 30. April 2018 beendet Theo Zwanziger seine Mitwirkung im Stiftungsrat.
- Seine Vertreterin Claudia Roth übernimmt den Vorsitz. Andreas Lipsch von der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) wird neu in den Stiftungsrat gewählt.
- Der 2014 gegründete Arbeitskreis »Muslime laden ein« der Stiftung gegen Rassismus hat die Aktivitäten von Moscheegemeinden koordiniert.
- Am 3. Mai 2018 wird der Kreis erweitert und nimmt Vertretungen weiterer Religionen auf. Er bezeichnet sich als AK »Religionen laden ein«. Ab dem folgenden Jahr sollen auch Feiern in Synagogen und Kirchen anlässlich der UN-Wochen stattfinden.
- Die Planungstagung findet am 17. September 2018 mit Beiträgen von Theo Zwanziger zum Sport und Jagoda Marinic zu Europathemen im Erbacher Hof in Zusammenarbeit mit der Katholischen Akademie in Mainz statt.
- Am gleichen Tag wird die Initiative SCHULTER AN SCHULTER (SAS) erstmals öffentlich vorgestellt. Angesichts antisemitischer und antimuslimischer Anschläge sowie Angriffe auf Geflüchtete werden Solidaritätsbekundungen mit den Opfern angeregt. Die Täter*innen dürfen nicht den Eindruck bekommen, dass menschenfeindliche Aktionen von der Bevölkerung akzeptiert werden.

2019

- Vom 11. bis 24. März 2019 werden der Stiftung über 1.850 Veranstaltungen gemeldet.
- Die Auftaktveranstaltung findet am 11. März 2019 im Münchner Rathaus statt. Botschafterin ist Muhterem Aras, Präsidentin des Landtages von Baden-Württemberg.
- Angesichts der Europawahlen am 26. Mai 2019 ist das Motto: »Europa wählt Menschenwürde«, das von vielen aufgegriffen wird. Dazu werden zusätzliche Materialien, Plakate und Postkarten erstellt. Der Leitspruch der Stiftung dafür lautet:

Europa stärken.

Rassismus stoppen.

Menschenrechte wählen.

- Die über 1.700 Freitagsgebete am 15. März 2019 werden überschattet durch den Anschlag auf die Moschee in Christchurch/Neuseeland am gleichen Tag. Viele Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister sprechen den Moscheegemeinden ihre Verbundenheit aus. Neun jüdische Persönlichkeiten sprechen erstmals zu Moscheegemeinden während der Aktionswochen.
- Mehrere Oberbürgermeister besuchen Synagogen aus Anlass der UN-Wochen und sprechen über den Antisemitismus. Im hessischen Seeheim findet am 17. März 2019 ein viel beachteter evangelischer Gottesdienst statt, bei dem der Kirchenpräsident der EKHN predigt und jüdische und muslimische Gäste Ansprachen halten.
- Am 28. Januar 2019 wird in Frankfurt am Main der Arbeitskreis »Aktionsstage für die Menschenwürde« gebildet, dem bundesweite Einrichtungen angehören, Von diesen Geschäftsstellen werden die Aktionstage wie die Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (ehemals Woche

**Plakate zur
Europawahl
2019**



der Brüderlichkeit), die Internationalen Wochen gegen Rassismus, den ROMADAY, den Tag der Nachbarn, Aktionswochen zum Tag gegen antimuslimischen Rassismus, die Interkulturelle Woche, den Tag des Flüchtlings oder den Tag der offenen Moschee organisieren. Insgesamt werden damals jährlich weit über 10.000 zivilgesellschaftliche Aktivitäten gezählt.

- Vom Stiftungsrat werden am 28. März 2019 in Berlin der geschäftsführende Vorstand Jürgen Micksch und Jagoda Marinic für weitere fünf Jahre wiedergewählt. Giovanni Pollice scheidet aus und Elina Stock von der GEW wird neu als Mitglied in den Stiftungsrat gewählt. Der Journalist und Autor Heribert Prantl ist bereits seit dem 1. März 2019 in den Stiftungsrat aufgenommen worden. Für die Jahre 2020 bis 2026 werden Claudia Roth, Andreas Lipsch und Heribert Prantl als Mitglieder des Stiftungsrates wiedergewählt.
- Durch die vielen Veranstaltungen in manchen Kommunen kommt der Wunsch nach einer Ausweitung über die zwei Wochen hinaus auf. Stiftungsrat und Vorstand sprechen sich dafür aus, dass Veranstaltungen im Einzelfall bis zum Internationalen Roma-Tag am 8. April jedes Jahres durchgeführt werden können.
- Die Planungstagung findet am 16. September 2019 in Zusammenarbeit mit der Katholischen Akademie Mainz im Erbacher Hof statt.

2020

- Die UN-Wochen gegen Rassismus finden vom 16. bis 29. März 2020 statt. Dabei wird auf 25 Jahre Internationale Tage gegen Rassismus in Deutschland zurückgeblickt. Das Motto heißt: »Gesicht zeigen – Stimme erheben«.
- Die Auftaktveranstaltung war vorgesehen am 16. März 2020 im Bundeskanzleramt in Berlin unter Mitwirkung der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Annette Widmann-Mauz, der Vorsitzenden des Stiftungsrates, Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth, sowie des Botschafters der UN-Wochen 2020, dem DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann.
- Im Kaisersaal des Römer in Frankfurt am Main sollte auf Einladung von Integrationsdezernentin Sylvia Weber bei einem Empfang des Amtes für Multikulturelle Angelegenheiten daran erinnert werden, dass die deutsche Initiative für die UN-Wochen in Frankfurt entstanden ist.

- Religiöse Feiern waren in Darmstadt vorgesehen, wo vor 25 Jahren die ersten Veranstaltungen zum UN-Tag gegen Rassismus erfolgten. Am 20. März war das zentrale Freitagsgebet in der Darmstädter Emir Sultan Moschee mit christlichen und jüdischen Ansprachen geplant. In der Darmstädter Synagoge war eine Sabbatfeier mit muslimischen und christlichen Ansprachen vorgesehen. Und am 22. März war in der Darmstädter Stadtkirche ein evangelischer Gottesdienst mit der Predigt des Kirchenpräsidenten der EKHN und jüdischen und muslimischen Ansprachen geplant – all das musste wegen Corona ausfallen.
- Viele Aktivitäten werden angesichts der Pandemie ins Digitale verlegt – die Stiftung ist seit März 2020 auf Instagram aktiv, wo sie zu Fotoaktionen und die Statementkampagne »Gesicht zeigen! Stimme erheben! #wirsindallemittendrin« mit Persönlichkeiten aus Kultur und Antirassismuserarbeit aufruft. Anlässlich der IWgR 2020 werden außerdem über Social Media und auf der Webseite zehn Thesen »Für eine menschenfreundliche Gesellschaft« veröffentlicht, wie eine rassismuskritische Gesellschaft aussehen kann und was dafür getan werden muss.



**Veranstaltungsplakat
aus dem Jahr 2021**

2021

- Zu den UN-Wochen vom 15. bis 28. März 2021 erhält die Stiftung erstmals ein schriftliches Grußwort von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, in dem er allen Haupt- und Ehrenamtlichen für ihren Einsatz dankt: »Resignation darf genauso wenig Raum greifen wie der Hass selbst, deshalb sind die Internationalen Wochen gegen Rassismus so wertvoll. Sie erinnern uns einmal im Jahr daran, worum wir täglich aufs Neue ringen müssen. Alle gemeinsam.«
- Trotz Corona erfolgen 2021 über 1.500 Veranstaltungen und zwei Drittel davon in vielfältigen digitalen Formaten. Hinzu kommen über 1.800 religiöse Feiern, insbesondere Freitagsgebete in Moscheen. Das vorgeschlagene Motto lautet »Solidarität. Grenzenlos«. Botschafter der UN-Wochen ist der Pianist Igor Levit.
- Erstmals schrieb die Stiftung im Herbst zuvor einen mit attraktiven Preisgeldern dotierten Kreativwettbewerb zum Motto der UN-Wochen aus. Jeweils drei Gewinner*innen-Motive werden seither zu den IWGR-Materialien als Plakate und Postkarten, später auch als Sticker gedruckt.
- Vorgezogen wird die Auftaktveranstaltung am 20. Februar 2021 in Hannover, bei der an die rassistisch motivierten Morde an neun Menschen am 19. Februar 2020 erinnert wird.
- Im Anschluss an die Planungstagung treffen sich am 21. September 2021 Expert*innen aus Deutschland, den Niederlanden, Österreich und Tschechien. Daraus gründet sich am 15. Dezember 2021 der europäische Arbeitskreis »Solidarisches Europa. Zusammen gegen Rassismus.«

2022

- Insgesamt über 4.000 Veranstaltungen gibt es zu den UN-Wochen vom 14. bis 27. März 2022 mit dem vorgeschlagenen Motto »Haltung zeigen«. Darunter finden 70 % wieder in Präsenz statt, über 1.800 sind Freitagsgebete in Moscheen und über 100 weitere religiöse Feiern. Die Auftaktveranstaltung wird digital aus dem Bundeskanzleramt in Kooperation mit der gerade berufenen Antirassismus-Beauftragten der Bundesregierung gesendet, Staatsministerin Reem Alabali-Radovan. Botschafter der UN-Wochen ist der Fußballverein Eintracht Frankfurt mit über 100.000 Mitgliedern.

- Zu den UN-Wochen 2022 gründet sich die Arbeitsgruppe »Sportliche Möglichkeiten«, um gemeinsam sportliche Aktivitäten während der Internationalen Wochen gegen Rassismus zu verstärken. Dabei wurde die Aktions- und Fotokampagne #BewegtGegenRassismus entwickelt, an der sich maßgeblich der Deutsche Fußball Bund (DFB), die Deutsche Sportjugend (dsj), die DFL Stiftung sowie Eintracht Frankfurt beteiligten. Ins Leben gerufen wird dabei auch der Aktionstag Sport / #BewegtGegenRassismus, der erstmals zum Abschluss der IWgR 2022 am 27. März stattfindet.
- Viele Veranstaltungen werden geprägt durch den Angriffskrieg auf die Ukraine.
- Erstmals finden auch Veranstaltungen im Rahmen des neuen Projektes »Solidarisches Europa. Zusammen gegen Rassismus« insbesondere in Tschechien statt.
- Nach der Berufung von Claudia Roth zur Staatsministerin beim Bundeskanzler hat sie zu viele Aufgaben um den Vorsitz des Stiftungsrates weiter wahrnehmen zu können. Am 6. Juli 2022 wählt der Stiftungsrat Filiz Polat MdB zur neuen Vorsitzenden.
- Seit 2022 gibt es den Stiftungs-Podcast »Haltung Zeigen«. Dieser soll Anregungen geben, was aktiv gegen Rassismus getan werden kann, insbesondere während der Internationalen Wochen gegen Rassismus.
- Am 23. Mai 2022 wird der Vorstand der Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus Jürgen Micksch in Berlin vom Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) als »Botschafter für Demokratie und Toleranz« ausgezeichnet.
- Im Mai 2022 startete das Projekt Solidarisch gegen Rassismus mit den Themenschwerpunkten: Rassismuskritische Bildung an Grundschulen, russisch-ukrainischer Dialog und Rassismus im Gesundheitswesen.

2023

- Die bundesweite Auftaktveranstaltung kann 2023 nach den Corona-bedingten Absagen in den Jahren 2020, 2021 und 2022 erstmals wieder in Präsenz durchgeführt werden und findet in Kooperation mit der Integrationsbeauftragten von Mecklenburg-Vorpommern, Jana Michael, am 20. März 2023 im Schloss in Schwerin statt.
- Die UN-Wochen gegen Rassismus vom 20. März bis zum 2. April haben das Motto »Misch Dich ein«. Botschafterin ist die Beauftragte der Bun-

desregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und zugleich Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus, Staatsministerin Reem Alabali-Radovan.

- Insgesamt werden der Stiftung über 2.400 Veranstaltungen gemeldet. Dazu kommen weitere 1.800 religiöse Aktivitäten. Es gibt zahlreiche Kundgebungen, zu denen gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag aufgerufen wird. Über 250.000 Menschen nehmen an den vielfältigen Veranstaltungen teil.
- Jürgen Micksch wird durch den Bundespräsidenten mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse für seine Arbeit zu Überwindung von Rassismus und für die Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus ausgezeichnet. Der hessische Kultusminister überreicht die Auszeichnung im August 2023.
- Die Planungstagung erfolgt wie in den Vorjahren im September zusammen mit der Katholischen Akademie in Mainz.

2024

- Die Internationalen Wochen gegen Rassismus beginnen am 11. März 2024 und somit fast zwei Monate nach den Veröffentlichungen von Correctiv über ein geheimes Treffen von hochrangigen AfD-Politikern, Neonazis und Unternehmern in Potsdam, bei dem sie die Vertreibung von Millionen von Menschen aus Deutschland planten. Die UN-Wochen sind eingebettet in die größte Demonstrationsserie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: Vom Januar bis April gibt es mehr als 1.200 Kundgebungen mit über drei Millionen Teilnehmenden (Stand Juni 2024, Wikipedia) und die Zivilgesellschaft wird für die Themen Rassismus und die Bedrohung durch Rechtsextremismus stark sensibilisiert. Auch die Medien haben die UN-Wochen stärker im Blick und berichten breit.
- Besondere Aufmerksamkeit findet dabei die Erklärung der mit uns kooperierenden neun Religionsgemeinschaften »Rechtsextreme Parteien sind für religiöse Menschen nicht wählbar« vom 15. März 2024.
- Zwischen dem 11. und 24. März 2024 finden zum Motto »Menschenrechte für alle!« 3.004 gemeldete Veranstaltungen statt. Dazu kommen über 2.000 religiöse Feiern, insbesondere Freitagsgebete und nicht gezählte Iftar-Feiern.

- Die insgesamt über 5.000 Veranstaltungen mit über 300.000 Teilnehmenden stellen einen neuen Rekord dar.
- Die Auftaktfeier findet am 11. März in Kooperation mit Doreen Denstädt, der Justizministerin Thüringens und Botschafterin der UN-Wochen 2024 in Erfurt statt.
- Der Stiftungsrat tagt am selben Tag in Erfurt und wählt Jürgen Micksch erneut zum geschäftsführenden Vorstand. Vorstandssprecherin Jagoda Marinic steht wegen einer beruflichen Veränderung nicht mehr zur Wahl und an ihrer Stelle wird Halima Gutale gewählt.
- Die Stiftung ruft angesichts des zu erwartenden Rechtsrutsches bei den EU-Wahlen dazu auf, die UN-Wochen auszuweiten und weiter aktiv zu bleiben und initiiert zusätzliche Aktivitäten gegen Rassismus. Dazu gehören der Flyer »Deine Stimme gegen Rechtsextremismus. Wählen gehen! Gegen Hass und Hetze. Für ein menschenfreundliches Europa.« Unter dem Motto »Wählen gehen« und dem Leitspruch »Je mehr Menschen wählen gehen, umso weniger Einfluss erhalten rechtsextreme Parteien.« werden zusätzliche Flyer, Poster und Sticker erstellt. Auf Social Media wird die Kampagne #selbstverständlich platziert. Außerdem soll die Kampagne »Noch kannst du...«, deutlich machen, welche Folgen drohen, wenn extremrechte Parteien das Sagen haben. Noch können wir:

... in einer offenen Gesellschaft leben.

... anders sein und trotzdem gleichberechtigt.

... für Flüchtlinge und ein offenes Europa eintreten.

... Menschenrechte einklagen.

... auf die Unabhängigkeit der Gerichte vertrauen.

... eine Regierung wählen – und auch wieder abwählen.

... für unsere Meinung auf die Straße gehen.

- Insgesamt rund 55.000 Materialien werden zusätzlich zu den üblichen 159.000 IWgR-Materialien erstellt und versendet.

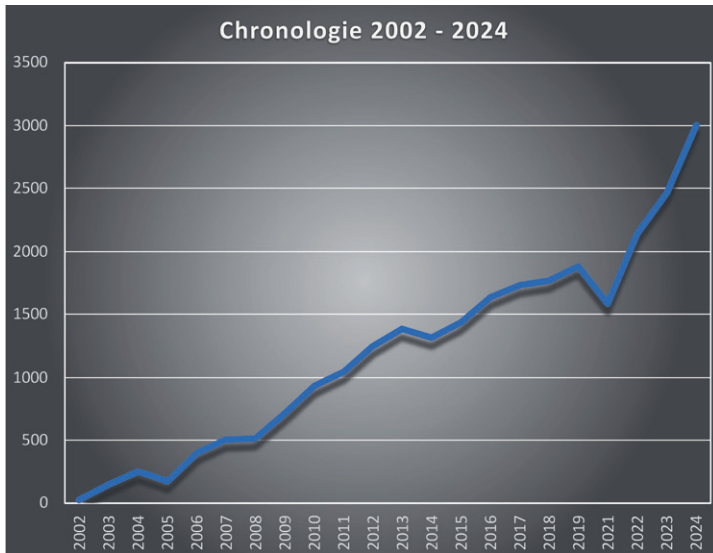
2025

- Die Internationalen Wochen gegen Rassismus finden vom 17. bis 30. März 2025 statt. Als Motto wird »Menschenwürde schützen« vorgeschlagen. Botschafter ist der Aktivist, Buchautor und Performer Gianni Jovanovic.
- Vorgesehen sind anlässlich von 30 Jahren UN-Tage gegen Rassismus in Deutschland gemeinsam mit der Stadt Frankfurt die Auftaktveranstaltung am 17. März 2025 im Stadthaus mit Staatsministerin Reem Alabali-Radovan vom Bundeskanzleramt und eine Interreligiöse Feier am 23. März um 10 Uhr mit Vertretungen von neun Religionsgemeinschaften im Frankfurter Dom.



Veranstaltungsplakat für 2025

Veranstaltungen von 2001 bis 2024



Die Chronik enthält Veranstaltungen, die uns gemeldet wurden - Ausnahme ist das Jahr 2020 wegen der Corona-Pandemie. Darüber hinaus gibt es zahlreiche nicht gemeldete Veranstaltungen. Aber die Grafik gibt einen Eindruck über die Entwicklung.

Nicht mitgezählt sind die zahlreichen religiösen Feiern, zu denen der Arbeitskreis »Religionen laden ein« aufruft, dem Persönlichkeiten aus neun Religionsgemeinschaften angehören. Im Jahr 2024 waren das über 2.000 Feiern. Angefangen haben wir 2014 mit Freitagsgebeten zu den UN-Tagen gegen Rassismus und deswegen finden besonders viele religiöse Feiern als Freitagsgebete in Moscheen statt - im Jahr 2024 waren das über 1.800 Freitagsgebete. Dazu kamen durch den gleichzeitig stattfindenden Ramadan viele nicht gezählte Iftar-Feiern.

Das Motto im Laufe der Zeit

- 2014 **Anerkennen statt Ausgrenzen**
- 2015 **Das wird man ja wohl noch sagen dürfen ...**
- 2016 - 2018 **100% Menschenwürde - Zusammen gegen Rassismus**
- 2019 **Europa wählt Menschenwürde**
- 2020 **Gesicht zeigen - Stimme erheben**
- 2021 **Solidarität. Grenzenlos.**
- 2022 **Haltung zeigen**
- 2023 **Misch Dich ein**
- 2024 **Menschenrechte für alle**
- 2025 **Menschenwürde schützen**

Botschafter*innen zu den UN-Wochen gegen Rassismus

- 2009 - 2012 **Prof. Dr. Rita Süßmuth**
- 2013 - 2014 **Dr. Theo Zwanziger**
- 2015 - 2016 **Fritz Pleitgen**
- 2017 **Célia Šašić**
- 2018 **Jana Pareigis**
- 2019 **Muhterem Aras**
- 2020 **Reiner Hoffmann**
- 2021 **Igor Levit**
- 2022 **Eintracht Frankfurt**
- 2023 **Reem Alabali-Radovan**
- 2024 **Doreen Denstädt**
- 2025 **Gianni Jovanovic**

Kooperationspartnerschaften 2025

Durch Kooperationspartnerschaften mit überwiegend bundesweiten Einrichtungen werden die Ziele der UN-Wochen gegen Rassismus unterstützt. Derzeit sind es 75 Einrichtungen:

- Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migrant*innen und Integrationsbeiräte Bayerns – AGABY
- AFS Interkulturelle Begegnungen e.V.
- Ahmadiyya Muslim Jamaat Deutschland
- Anne-Frank-Zentrum
- Antidiskriminierungsstelle des Bundes e.V.
- Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.
- Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland
- Bahá'í-Gemeinde in Deutschland K.d.ö.R
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
- Bundes Roma Verband e.V.
- Bundesverband Deutsche Tafel e.V.
- Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
- Bundeszentrale für politische Bildung
- Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat
- Bund Deutscher Dialog Institutionen (BDDI)
- Bündnis 90/Die Grünen
- CJD Jugenddorf Nienburg / Projekt »s'putnik - junge Kultur«
- cultures interactive e.V. Verein zur interkulturellen Bildung und Gewaltprävention
- Dachverband der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland e.V.
- Der Paritätische Gesamtverband e.V.
- Deutsche Buddhistische Union
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen
- Deutsche UNESCO Kommission
- Deutscher Bühnenverein
- Deutscher Bundesjugendring
- Deutscher Caritasverband e.V.
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
- Deutscher Industrie- und Handelskammertag
- Deutscher Städtetag
- Deutscher Städte- und Gemeindebund
- Deutscher Turner-Bund e. V
- Deutscher Volkshochschulverband
- Deutsches Kinderhilfswerk
- Deutsches Rotes Kreuz
- Deutsch-Türkische Kulturolympiade
- Deutsches Youth For Understanding Komitee e.V. (YFU)
- Diakonie Deutschland
- Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)
- Evangelische Kirche im Rheinland
- Evangelische Kirche von Westfalen
- Forum gegen Rassismus
- Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit – Deutscher Koordinierungsrat
- Gesicht Zeigen! – Für ein weltoffenes Deutschland
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)
- Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung (IDA)

- Initiative kulturelle Integration
- Initiative Schwarze Menschen in Deutschland e.V. (ISD)
- Institut für Kino und Filmkultur
- Internationaler Bund
- IG Bergbau Chemie Energie (IG BCE)
- Koordinationsrat der Muslime – KRM (DITIB – Türkisch Islamische Union, Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland, Verband der Islamischen Kulturzentren – VIKZ, Zentralrat der Muslime – ZMD)
- Koordinationsstelle Fan-Projekte (KOS) bei der Deutschen Sportjugend
- Laut gegen Nazis e.V.
- Lesben- und Schwulenverband (LSVD)
- LIONS Clubs International, MD 111 – Deutschland
- Lippische Landeskirche
- Mach meinen Kumpel nicht an – Verein gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus
- M.T.O. Shahmaghsoudi@ – Schule des islamischen Sufismus
- NaturFreunde Deutschlands
- Netzwerk Rassismus- und Diskriminierungsfreies Bayern
- Omas gegen Rechts Deutschland e. V.
- Pax Christi
- Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage
- Stiftung Schwarz-Rot-Bunt
- terres des hommes Deutschland e.V.
- Türkisch-Deutsche Gesundheitsstiftung
- United for Intercultural Action
- Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf
- Verband Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder
- WDR – Westdeutscher Rundfunk
- World University Service Deutsches Komitee
- Zentralrat der Juden in Deutschland
- Zentralrat Deutscher Sinti und Roma
- Zentralverband des Deutschen Handwerks
- ZDF – Zweites Deutsches Fernsehen

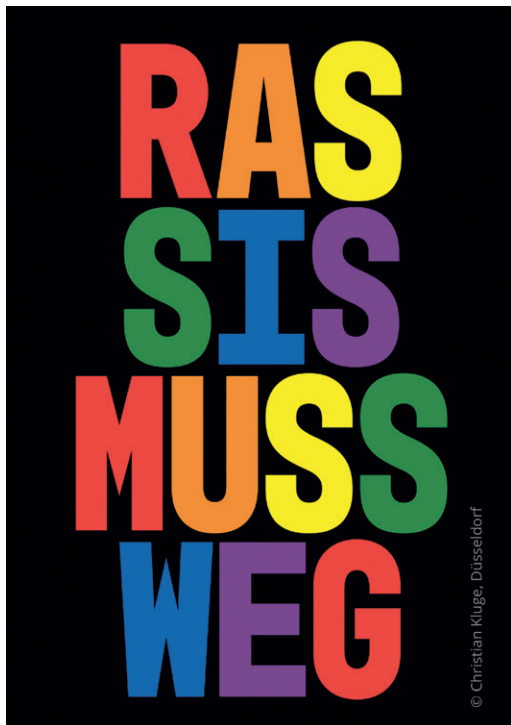
Das Aktionsbündnis

Im Aktionsbündnis sind überwiegend regionale Initiativen zusammengeschlossen, die sich darum bemühen, Veranstaltungen und Aktivitäten vor Ort durchzuführen. Derzeit sind es 160 Initiativen:

- 3ALOG – interreligiöse, interkulturelle Begegnung
- Abenteuer- und Bauspielplatz »Forcki«/ Arbeiterwohlfahrt Berlin Spree Wuhle e.V.
- AEF – Spanische Weiterbildungsakademie e.V.
- Alevitische Gemeinde Dortmund
- Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e.V.
- Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Mülheim an der Ruhr e.V.
- Arbeiterwohlfahrt Schleswig e.V., Familienzentrum St. Jürgen
- Arbeiterwohlfahrt, Unterbezirk Ennepe-Ruhr

- Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns – AGABY
- Arbeitsgemeinschaft Garten der Religionen für Karlsruhe e.V.
- asambura ensemble
- Astrid-Lindgren-Schule Edeweicht
- Aufstehen gegen Rassismus
- AWO Karlsruhe
- AWO Kreisverband Mittelfranken-Süd e.V., Wohnpflegeheim Wengen
- AWO Landesverband Schleswig-Holstein e.V.
- AWO Region Hannover e.V.
- AWO Vielfalt MSE gGmbH
- Ballhaus Prinzenallee
- BBS Rotenburg
- BEST-Sabel Berufsakademie
- Bildungsverein Soziales Lernen und Kommunikation e.V.
- Boxring Neuss 1992 e.V.
- Bündnis Fürstendruck ist bunt – nicht braun
- Bündnis für Zivilcourage »Hof ist bunt«
- Büro für interkulturelle Angelegenheiten Gelnhausen
- Büro für interkulturelle Angelegenheiten im Main-Kinzig-Kreis
- Büro für Migrationsfragen Braunschweig
- Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat
- Burgdorfer Mehr-Generationen-Haus e.V.
- buntkicktgut Oberschwaben-Allgäu e.V.
- Café International Büchenbeuren
- Caritasstelle Friedberg im GDL
- Caritasverband Darmstadt e.V.
- Caritasverband für den Oberbergischen Kreis/Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit
- Caritasverband Geldern-Kevelaer e.V.
- CEC-Connect e.V.
- CIJAG Christlich-Islamisch-Jüdische Arbeitsgemeinschaft Marl Kreis Recklinghausen
- ColoredGlasses, ein Bildungsangebot des deutschen Youth For Understanding Komitee e.V. (YFU), Hamburg
- colorido e. V. Plauen
- Coswig – Ort der Vielfalt
- Dachverband der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland e.V.
- Das Boot Wismar e.V. Verein zur Förderung seelischer Gesundheit und Integration
- DaVinci Gesamtschule Potsdam
- Demokratie in der Mitte – Partnerschaften für Demokratie in Wedding & Moabit
- Demokratie leben! in Bramsche
- Der Bunte Hirsch
- Diakonisches Werk Berlin-Stadtmitte: Flüchtlingskirche
- DIE LINKE Bingen und Umgebung
- DIE LINKE. Kreisverband Bautzen
- DIE LINKE. Kamenz
- diversity München e.V.
- DRK Kreisverband Donnersberg e.V.
- Empowering People e.V.
- Fachstelle für interkulturelle Bildung und Beratung – FiBB e.V.
- FAIReinkultur – gemeinnützige Gesellschaft zur Förderung von Fair Play im und durch Sport
- Ferdinand-Porsche-Gymnasium, Stuttgart-Zuffenhausen
- Fid e.V.
- Frauenkreise. Den Blick öffnen
- Frei-Zeit-Haus e.V.
- Gemeindebibliothek Peißen
- Gemeinschaftsschule Nohfelden-Türkismühle

- Georg-Sonnin-Schule, Lüneburg
- Gesamtschule Jüchen
- GrünheideNetzwerk.de Netzwerk-laden Grünheide
- Haus kirchlicher Dienste der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover
- Herz statt Hetze Neckar-Odenwald-Kreis
- IG BCE Arbeitskreis Migration / Integration der Bezirke Moers und Duisburg
- IGS Wallstraße Wolfenbüttel
- I.M.A.N.I. e.V.
- Initiative »Landkreis Böblingen bleibt bunt«
- Inssan e.V.
- Integrationsbeauftragte der Stadt Cottbus
- Integrationsbeauftragte/Integrationsbeirat der Stadt Ansbach
- Integrationsbeauftragte der Stadt Kaarst
- Integrations- und Ausländerbeauftragte der Landeshauptstadt Dresden
- Integrationshaus e.V. Köln
- Integrationsrat Leichlingen
- Integrationsrat Stadt Kaarst
- Interkulturelles Zentrum für Dialog und Bildung e.V.
- Internationale Jugendgemeinschaftsdienste (ijgd) - Landesverein NRW
- Internationaler Bund e.V. Berufliche Schulen Waiblingen



**Sticker
aus dem Jahr
2023**

- Internationaler Bund Jugendmigrationsdienst Wiesbaden
- In-RAGE Ingelheimer Bündnis gegen Rassismus und Gewalt e.V.
- Islamisches Kompetenzzentrum für Wohlfahrtswesen (IKW e.V.)
- IN VIA Aschaffenburg (Europabüro)
- Jugendbüro Burghausen
- Jugendhaus Merzig
- Karl Kübel Schule Bensheim
- Kongregation der Jakobusschwestern
- Kommunales Integrationszentrum Münster
- Kommunales Integrationszentrum Kreis Unna
- Kongregation der Jakobusschwestern
- Koordinierungsstelle Integration und Beirat für Migration und Integration der Stadt Neuwied
- Kreis der Düsseldorfer Muslime
- Kreisintegrationszentrum Mettmann
- Kreisjugendring Erding
- Kreisverwaltung Groß-Gerau / Büro für Integration
- Landessportbund Nordrhein-Westfalen e.V.
- Mariengymnasium Bocholt
- Mensch im Mittelpunkt e.V.
- migra – Sprache, Bildung und Integration für MigrantInnen in Mecklenburg-Vorpommern e.V.
- Migranten-und Integrationsbeirat der Stadt Bamberg
- Mukiva Kinder-und Familienzentrum
- NARUD e.V. – Network African Rural and Urban Development
- Netzwerk »Buntes Weimarer Land«
- Netzwerk »Lüneburger Wochen gegen Rassismus – Für eine offene Gesellschaft«
- Netzwerk gegen Islamfeindlichkeit und Rassismus Leipzig e.V.
- Netzwerk WELTOFFEN LEBEN Herrieden
- NRWeltoffen Aachen
- NRWeltoffen Krefeld
- ÖDP Kreis Pinneberg
- PaSo gGmbH
- Paul-Spiegel-Berufskolleg Dorsten
- »Potsdam! bekennt Farbe« – Servicestelle Tolerantes und Sicheres Potsdam
- Quartiersmanagement Hellersdorfer Promenade
- RainBOW e.V. Wolfsburg
- Rassismus_verlernen
- Sanja Zivo Design Studio
- SCHURA – Islamische Religionsgemeinschaft Schleswig-Holstein e.V.
- Schwimmverband NRW e.V.
- Sekundarschule Hohe Mark Reken
- Sekundarschule Soest
- Serious FUN – Let's play for Social Europe, the UN SDGs and a Fair World
- Sondershausen ist Bunt
- SoNII e. V., Sozialpsychiatrisches Kompetenzzentrum MEO
- Soziale Dienste Jugendhilfe gGmbH/ Patenschaftsbüro Magdeburg
- Stabsstelle Integrationsplanung Mönchengladbach
- Stadt Bühl
- Stadt Heilbronn (Stabsstelle Partizipation und Integration)
- Stadt Hilden
- Stadt Karlsruhe
- Stadt Lengerich
- Stadt Nürtingen
- Stadt Osnabrück (Büro für Friedenskultur)
- Stadtverwaltung Apolda
- Stadtverwaltung Bad Homburg v.d.Höhe

- Starkenburg-Gymnasium Heppenheim
- Stiftung Schüler helfen Leben
- Takva Moschee Gemeinde Peine
- TANDEM -soziale Teilhabe gestalten - e.V.
- Team Todenhöfer – Die Gerechtigkeitspartei
- Team Jugendarbeit Weingarten
- Treberhilfe Dresden e.V. Abenteuer-spielplatz Panama
- Universität Hamburg – Projekt »Engagementförderung durch universitäre Lehre«
- Verein für internationale Jugendarbeit e.V.
- Verein für multinationale Verständigung Rodgau e.V.
- Verein für Toleranz und Menschlichkeit Südpfalz e.V.
- Voices United e.V.
- Volkshochschule Castrop-Rauxel
- Volkshochschule Celle
- Volkshochschule der Stadt Bargteheide
- Volkshochschule Eching e.V.
- Volkshochschule Hanau
- Volkshochschule für den Landkreis Cloppenburg e.V.
- Warsteiner Tennisclub e.V.
- Wir hier! Verein für kulturelle Vielfalt in Südwestfalen e.V.
- Wir in Dorsten gegen Rechts
- Zinnschmelze – Barmbeker Verein für Kultur + Arbeit
- Zugvögel – Grenzen überwinden e.V.

Prominente

Prominente Personen können viele Menschen erreichen und motivieren, sich für eine menschenfreundliche Gesellschaft und gegen Rassismus, Antisemitismus und Gewalt zu engagieren. Prominente aus verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens unterstützen die Internationalen Wochen gegen Rassismus und können für die Mitwirkung bei Veranstaltungen angefragt werden.

Reem Alabali-Radovan

Staatsministerin beim Bundeskanzler, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sowie Antirassismusbeauftragte

Muhterem Aras

MdL, Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg und Botschafterin der IWgR 2019

Mo Asumang

TV-Moderatorin, Schauspielerin, Autorin und Produzentin

Jakob Augstein

Journalist und Verleger

Karl-Heinz Banse

Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes

Christiane Benner

Erste Vorsitzende der IG Metall

Prof. Dr. Dr. h.c. Heiner Bielefeldt

Universität Erlangen-Nürnberg

Dr. Yasar Bilgin

Mediziner, Vorsitzender der Türkisch Deutschen Gesundheitsstiftung e. V.

Prof. Dr. Micha Brumlik

Erziehungswissenschaftler, Publizist,
Senior Advisor am Zentrum Jüdische
Studien Berlin-Brandenburg

Günter Burkhardt

Vorstandsmitglied der Stiftung PRO ASYL

Ali Can

Initiator von #metwo und Leiter des
VielRespektZentrums Essen

Sawsan Chebli

Ehem. Bevollmächtigte des Landes
Berlin beim Bund und Staatssekretärin
für Bürgerschaftliches Engagement und
Internationales PD

Dr. Oliver Decker

Direktor des Kompetenzzentrums für
Rechtsextremismus und Demokratie-
forschung, Uni Leipzig

Dr. Karamba Diaby

MdB und Mitglied im Auswärtigen
Ausschuss

Sinasi Dikmen

Schriftsteller und Kabarettist

Mirko Drotschmann

alias MrWissen2go, Journalist und
Produzent

Prof. Dr. Heiner Dunckel

MdL Schleswig-Holstein

Nancy Faeser

Bundesministerin des Innern
und für Heimat

Yasmin Fahimi

Vorsitzende des Deutschen Gewerk-
schaftsbundes (DGB)

Romeo Franz

Geiger und Pianist, Vorsitzender der
Bundesvereinigung der Sinti und Roma

Dr. Monika Griefahn

Ehem. Umweltministerin Niedersach-
sens, Mitbegründerin von Greenpeace
Deutschland

Kübra Gümüşay

Journalistin, Bloggerin und Netz-
Aktivistin

Jimmy Hartwig

Ehem. Fußball-Nationalspieler, DFB-
Integrationsbotschafter, Fußballtrainer
und Theaterschauspieler

Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer

Gründer und ehem. Direktor des Instituts
für interdisziplinäre Konflikt- und Gewalt-
forschung der Universität Bielefeld

Reiner Hoffmann

Ehem. Vorsitzender des Deutschen
Gewerkschaftsbundes (DGB)

Michael Hugo

Ehem. Leiter des Integrationsfachdiens-
tes Migration in der Region Mittleres
Mecklenburg und Vorpommern-Rügen
- migra e.V.

Burkhard Jung

Oberbürgermeister der Stadt Leipzig

Dr. Dr. h.c. Volker Jung

Kirchenpräsident i. R. der Evangelischen
Kirche in Hessen und Nassau

Josip Juratovic

MdB

Lama Kaddor

MdB, Islamwissenschaftlerin, Islamische
Religionspädagogin und Autorin

Dr. Felix Klein

Bbeauftragter der Bundesregierung für
jüdisches Leben in Deutschland und den
Kampf gegen Antisemitismus

Kai Klose

Ehem. Hessischer Minister für Soziales
und Integration

Petra Köpping

Staatsministerin für Gleichstellung und
Integration beim Sächsischen Staatsmi-
nisterium für Soziales und Verbraucher-
schutz

Ingo Kramer

Ehrenpräsident der Bundesvereinigung
der Deutschen Arbeitgeberverbände
(BDA)

Stephan J. Kramer

Präsident des Amtes für Verfassungs-
schutz beim Thüringer Ministerium für
Inneres und Kommunales

Simone Lange

Oberbürgermeisterin der Stadt Flensburg, Mitinitiatorin »Bündnis für ein buntes Flensburg«

Igor Levit

Pianist und Botschafter der IWgR 2021

Andreas Lipsch

Vorsitzender des Stiftungsrates der Stiftung Pro Asyl

Dr. Ulrich Maly

Altobürgermeister der Stadt Nürnberg

Jagoda Marinić

Autorin

Aiman Mazyek

Ehem. Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland

Radu Constantin Miron

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK)

Matthias Müller

Ehem. Vorstandsvorsitzender der Volkswagen AG

Michael Müller

MdB, Ehem. Regierender Bürgermeister von Berlin

Daniel Neumann

Direktor des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden in Hessen

Aydan Özoguz

MdB und ehem. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Prof. Dr. Jochen Oltmer

Migrationsforscher und Historiker an der Universität Osnabrück

Muhsin Omurca

Kabarettist und Cartoonist

Dr. Irfan Ortac

Vorsitzender des Zentralrates der Eziden in Deutschland

Jana Pareigis

TV-Moderatorin und Journalistin

Jochen Partsch

Ehem. Oberbürgermeister von Darmstadt

Petra Pau

MdB und Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags

Simon Pearce

Comedian und Schauspieler

Dr. Simone Peter

Ministerin a.D.

Giovanni Pollice

Ehem. Vorsitzender des Vereins »Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.«

Prof. Dr. Heribert Prantl

Journalist

Nadia Qani

Inhaberin des kultursensiblen Pflegedienstes AHP und Autorin

Prof. Gunter Rambow

Grafikdesigner

Romani Rose

Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma

Claudia Roth

MdB und Staatsministerin beim Bundeskanzler

Céla Šašić

Vizepräsidentin des Deutschen Fußball-Bundes für Diversität und Vielfalt

Dr. Ulrich Schneider

Ehem. Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes

Kai Schumann

Schauspieler

Manuela Schwesig

Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast

Journalistin und Parlamentarische Staatssekretärin a. D.

Lionel Souque

Vorstandsvorsitzender der REWE Group

Prof. Klaus Staeck
Grafikdesigner

Dr. Irme Stetter-Karp
Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK)

Prof. Dr. Rita Süßmuth
Bundestagspräsidentin a. D.

Marlis Tepe
Ehem. Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

Dr. h.c. Wolfgang Thierse
Bundestagspräsident a. D.

Carlo von Tiedemann
Hörfunk- und Fernsehmoderator

Michael Vassiliadis
Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau Chemie Energie (IG BCE)

Ulrich Wickert
Journalist und Autor

Annette Widmann-Mauz
MdB und ehemalige Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin für Migration, Flüchtlinge und Integration

Max-Fabian Wolff-Jürgens
Vorstand APROTO e.V. und Initiator von »Stimmen des Nordens gegen Fremdenhass und Rechtspopulismus«

Jan Wörner
früherer Generaldirektor der Europäischen Weltraumorganisation ESA

Prof. Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg

Prof. Dr. Andreas Zick
Sozialpsychologe, Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld

Hartmut Ziebs
Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes i. R.

General Eberhard Zorn
Generalinspekteur der Bundeswehr i.R.

Dr. Theo Zwanziger
Initiator der Stiftung gegen Rassismus

Die Stiftung gegen Rassismus

Die Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus (kurz: Stiftung gegen Rassismus) ist ein großes Netzwerk von Personen und Institutionen, die sich für eine menschenfreundliche Gesellschaft und gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit einsetzen.

Neben der Planung und Koordinierung der UN-Wochen gegen Rassismus gehört es zu den Satzungszielen, Modellprojekte »zur Überwindung von Antisemitismus, Antiziganismus, antimuslimischem Rassismus oder Rassismus gegenüber Menschen anderer Hautfarbe und Flüchtlingen« sowie »Bildungsmaßnahmen für die Anerkennung von Menschen fremder Herkunft und Kultur sowie die dafür erforderliche Öffentlichkeitsarbeit« zu fördern.

Durch die Gründung der Stiftung waren neue Impulse möglich. So wurden Kooperationspartnerschaften eingerichtet, die Arbeitskreise »Religionen laden ein«, das Aktionsbündnis, »SCHULTER AN SCHULTER«, »Solidarisches Europa« sowie Projekte wie »Prominent gegen Rassismus«, »Engagiert gegen Rassismus«, »Solidarisch gegen Rassismus«, »Rassismus und Gesundheit« oder »Kommunen für Demokratie und gegen Rassismus«.

Die Stiftung hat einen Vorstand aus zwei Personen und einen Stiftungsrat mit bis zu fünf Mitgliedern. Ein Beirat berät den Stiftungsvorstand. Viele Unterstützer*innen und Kooperationspartner*innen fördern die Arbeit – dazu gehören bundesweite Organisationen aus Religionsgemeinschaften, Sportverbänden, Unternehmen, Gewerkschaften, Stiftungen, Medien, Menschenrechtsorganisationen, kulturellen, sozialen, wissenschaftlichen, kommunalen sowie staatlichen Einrichtungen.

Während es in der Anfangszeit des Interkulturellen Rates kaum eine finanzielle Förderung gab, wird die Arbeit inzwischen von der Bundesregierung und von Landesregierungen unterstützt sowie von Unternehmen, Gewerkschaften, sozialen Einrichtungen, Religionsgemeinschaften, Stiftungen und einzelnen Personen.

Zum Vorstand der Stiftung gehören im Februar 2025 Jürgen Micksch (geschäftsführend) und Halima Gutale. Mitglieder des Stiftungsrates sind Filiz Polat MdB als Vorsitzende, Andreas Lipsch als stellvertretender Vorsitzender und Heribert Prantl, Romani Rose und Elina Stock als Mitglieder.

Literaturhinweise (Auswahl)

Jährlich werden seit 1995 Vorbereitungsmaterialien, Plakate, Handzettel, Flyer, Postkarten, Tragetaschen, Kampagnen wie z.B. »Rassismus fängt im Kopf an« sowie Dokumentationen erstellt, in denen sich auch zahlreiche Bilder finden. Im Folgenden sind nur wenige Veröffentlichungen vor allem aus der Anfangszeit und ab dem Jahr 2018 zusammengestellt. Weitere Materialien finden sich auf der Homepage der Stiftung gegen Rassismus.

INTERKULTURELLER RAT

- 21. März 1995, Tag der Vereinten Nationen zur Überwindung von Rassismus, 16 Seiten, Frankfurt/M. 1995
- Gleichbehandlung statt Diskriminierung, 44 Seiten, Frankfurt/M. 1996
- Das Europäische Jahr gegen Rassismus, 88 Seiten, Frankfurt/M. 1997
- Religionen für ein Europa ohne Rassismus, 80 Seiten, Frankfurt/M. 1997
- Gesicht zeigen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, Darmstadt 2001
- Ideen und Anregungen zur Internationalen Woche gegen Rassismus, 36 Seiten, Darmstadt 2005
- Alle anders – alle gleich. Informationen und Materialien zur Internationalen Woche gegen Rassismus 2007, 82 Seiten, Darmstadt 2006
- Unterrichtsmaterialien zur Antirassismusbearbeitung, gemeinsam mit Gewerkschaft, Erziehung und Wissenschaft (GEW), Darmstadt 2010
- Was Sie schon immer über Z***** wissen wollten. Flugblatt zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus, Darmstadt 2011

JÜRGEN MICKSCH

- Vielfalt statt Einfalt. Strategien gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, 64 Seiten, Frankfurt/M. 1997
- Interkulturelle Modelle gegen Rassismus, 98 Seiten, Berlin 2014
- Menschenfreundliche Gesellschaft. 25 Jahre Internationale Wochen gegen Rassismus., 41 Seiten, Darmstadt 2020
- Wandel durch Kontakte. Stiftung gegen Rassismus, BISS, Abrahamisches Forum und andere Gründungsgeschichten, 136 Seiten, Darmstadt 2021

JÜRGEN MICKSCH (HG.)

- Antimuslimischer Rassismus. Konflikte als Chance, 175 Seiten, Frankfurt/M. 2009
- Antimuslimischer Rassismus. Wandel durch Kontakte, 24 Seiten, Darmstadt 2018 (4. Auflage)

HERIBERT PRANTL

- Es gibt nichts Gutes. Außer man tut es. Eine Laudatio zum Tag gegen Rassismus, Süddeutsche Zeitung, 16.3.2019

STIFTUNG GEGEN RASSISMUS

- Eine starke Bewegung gegen Rassismus. 16 Seiten, Darmstadt 2015
- Die Internationalen Wochen gegen Rassismus machen Schule: Materialien zur rassismuskritischen Bildungsarbeit, gemeinsam mit Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), 60 Seiten, Darmstadt/Frankfurt/M. 2015
- Was ist Rassismus? 100% Menschenwürde. Zusammen gegen Rassismus. 16 Seiten, Darmstadt 2018
- Europa wählt Menschenwürde: Impulse für die Internationalen Wochen gegen Rassismus 2019, 68 Seiten, Darmstadt 2018
- Prominent gegen Rassismus. Anregungen für die UN-Wochen, 52 Seiten, Darmstadt 2018
- Dokumentation zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus 2019, 84 Seiten, Darmstadt 2019
- Prominent gegen Rassismus. Gesicht zeigen – Stimme erheben, 28 Seiten, Darmstadt 2019
- Gesicht zeigen – Stimme erheben. Impulse. Die Internationalen Wochen gegen Rassismus 2020. 76 Seiten. Darmstadt 2019
- Schulter an Schulter. Solidarisch gegen Antisemitismus, Rassismus und Gewalt. Darmstadt 2021
- Religionen laden ein. Impulse für gemeinsame Feiern, Veranstaltungen und Aktionen. Darmstadt 2021
- Impulse. Für die Internationalen Wochen gegen Rassismus 2025. 60 Seiten. Darmstadt 2024

DIE STIFTUNG GEGEN RASSISMUS

Die Stiftung gegen Rassismus ist ein großes Netzwerk für eine menschenfreundliche Gesellschaft und gegen Rassismus. Sie koordiniert in Deutschland die Internationalen Wochen gegen Rassismus und fördert Modellprojekte zur Überwindung von Antisemitismus, Antiziganismus, antimuslimischem Rassismus oder Rassismus gegenüber Schwarzen Menschen und Flüchtlingen.

Für die Durchführung der Internationalen Wochen gegen Rassismus und für die Modellprojekte ist die Stiftung auf finanzielle Zuwendungen angewiesen.

SPENDENKONTO:

Stiftung gegen Rassismus
Evangelische Bank
IBAN: DE14 5206 0410 0004 1206 04
BIC: GENODEF1EK1

Die Stiftung steht unter der Aufsicht des Regierungspräsidiums Darmstadt. Sie ist vom Finanzamt Darmstadt unter der Steuernr. 07 250 48085-V/602 als gemeinnützig anerkannt und sendet Spendenbescheinigungen für das Finanzamt zu.